

Die römischrechtlichen Wurzeln des zivilrechtlichen Schutzes der Persönlichkeit

I.

1. Das Wort „Person“ und das Wort „Persönlichkeit“ stellen keinen identischen Begriff dar. Unter Person versteht man sowohl heute, als auch in der römischen Vergangenheit das Rechtssubjekt, den mit Rechtsfähigkeit ausgestatteten Menschen, in Rom die *persona sui iuris*, das *caput*, und ebendas bedeutete das Wort Person — dem Wesen nach — auch bei den Pandektisten des vergangenen Jahrhunderts. Der Begriff der Persönlichkeit ist demgegenüber das Produkt der modernen Rechtsordnungen: sie bedeutet eine gesellschaftliche Realität. Juristisch gesehen umfasst der Begriff der Persönlichkeit die Gesamtheit der ideellen, immateriellen Güter der Person: die persönliche- und Gewissensfreiheit, die Namensführung, das Renomme, das Geheimnis, die Geistesschöpfungen usw., die nicht nur von der Gesellschaft, sondern auch von der Rechtsordnung anerkannt werden und die nicht nur auf strafrechtlichem, sondern auch auf zivilrechtlichem Wege zu schützen sind. Nur dieser Schutz ist geeignet die Selbstverwirklichung der Persönlichkeit im Gesellschaftsleben zu sichern.

2. Es fragt sich nun, ob der privatrechtliche Schutz dieser ideellen Güter der Person im römischen Recht durchaus existierte oder nicht.

Vorerst ist aber die Frage zu beantworten, wo der Platz der Begriffe *persona*, *caput* im römischen Rechtssystem zu suchen ist. Hermogenian sagt in *libro primo iuris epitomarum*, dass „*hominum causa omne ius constitutum sit*“ (D. 1.5.2.). Das heisst mit anderen Worten, dass im Mittelpunkt der römischen Rechtsordnung der Mensch steht, aber nicht einfach der Mensch, sondern nur derjenige Mensch, der *sui iuris*, also eigenberechtigt war, somit die *persona sui iuris*. Die Fähigkeit Subjekt der Rechte zu sein, wurde im römischen Recht durch drei *status*, durch den *status libertatis*, *civitatis* und *familiae* determiniert. Nach dem römischen Recht, bald nach dem römischen Reichsrecht war nur der eigenberechtigte *civis Romanus* rechtsfähig. Die *civitas Romana* wurde aber auch durch andere Faktoren beeinflusst. So besass die *civis Romana sui iuris* keine politischen Rechte und in der christlichen Epoche waren die Juden und Häretiker politisch rechtlos; den *humiliores* wurde in der späten Kaiserzeit das *ius honorum* entzogen, genau so, wie denen, die ihre Arbeit manuell verrichteten, wie z. B. den Handwerkern, Lohnarbeitern, Kleinhändlern. Die Ehrlosigkeit (*infamia*) zog in der Zeit der Republik und in der Kaiserzeit die Rechtsunfähigkeit im Bereiche der politischen Rechte nach sich.

Die vollständige Rechtsfähigkeit genoss nur der eigenberechtigte römische Bürger, der *civis Romanus sui iuris*, dem die Berechtigung in der *legio* zu dienen, weiterhin das *ius honorum* und das *ius suffragii*, als politische Rechte, und das *ius commercii* und *ius conubii* (d. h. die güterrechtliche Fähigkeit gemäss dem Zivilrecht und die Fähigkeit zur zivilrechtlichen Eheschliessung und die zur Erwerbung mit dieser Ehe in Verbindung stehenden Familienberechtigungen) zukamen.

Die Rechtsfähigkeit war aber in Rom weder allgemein, noch gleich. Die Sklaven waren

völlig rechtsunfähig, die Peregrinen waren dem römischen Reichsrecht nach rechtstunfähig und bloss ihrem eigenen Volksrecht nach rechtsfähig, die Latiner, u. zw. die *Latini prisci (veteres)* besaßen eine Rechtsfähigkeit eigener Art. Das *ius suffragii* war ihnen nur im Rahmen der *comitia tributa* gesichert, sie waren aber in die wenig angesehenen städtischen *tribus* eingeteilt,¹ im römischen Heere waren sie berechtigt unter latinischen Offizieren, aber unter römischem Oberbefehl, ausserhalb der Legion in latinischen *alae* und *cohortes* zu dienen.² Sie besaßen das *ius commercii*, die *sponsio* stand aber ihnen nicht offen,³ aller Wahrscheinlichkeit nach auch die *legis actio sacramento*, und nur im Rahmen der *l. a. per iudicis seu arbitri postulationem* waren sie fähig zu prozessieren. Ein Latiner konnte einen *civis Romanus* nicht adoptieren,⁴ obwohl es umgekehrt möglich war. Die sog. *latini coloniarii* waren dem römischen Reichsrecht nach nur im Bereiche des *commercium* vollständig (*inter vivos et mortis causa*) rechtsfähig. Nach der *Constitutio Antoniniana* (212) verschwanden die Unterschiede im Bereiche der Rechtsfähigkeit formell, und seitdem gab es nur ein Unterschied in dieser Frage prinzipiell zwischen den *liberi* und *servi*.

3. Die Person bedeutete also in Rom den rechtsfähigen Menschen dem die Rechtsfähigkeit vom Zivilrecht her gesichert wurde. Das bedeutet aber keineswegs, dass jene ideellen Werte, die sich an die Person knüpfen können, entweder einen strafrechtlichen, oder einen zivilrechtlichen Schutz unbedingt geniessen konnten. Hier möchten wir gern nur skizzierend untersuchen, ob es im römischen Recht zumindest die Spuren eines strafrechtlichen bzw. zivilrechtlichen Schutzes vorhanden waren oder nicht. Es ist aber zu bemerken, dass im antiken Rom kein Strafrecht im heutigen Sinne existierte, denn den Inhalt dieses modernen Begriffes finden wir entweder im Rahmen des öffentlichen Rechts (*crimina*), oder im Rahmen des Privatrechts (*delicta*).

II.

1. Es fragt sich nun, welche diejenigen ideellen Güter der Person waren, mit denen man auch im römischen Altertum rechnen konnte. Diese waren unseres Erachtens: a) die persönliche evtl. die Gewissensfreiheit, b) die Ehre, das Goodwill, c) die Namensführung, d) das Geheimnis, e) die Geistesschöpfungen und f) vielleicht das Bildnis. Diese persönlichen Werte sind diejenige, bei denen zu vermuten ist, dass sie auch im antiken Rom einen gewissen Rechtsschutz geniessen konnten. Das Briefgeheimnis war unseres Erachtens solcher ideeller Wert der Person, dessen direkter Rechtsschutz im antiken Rom kaum vorstellbar ist.

2. Die unentbehrliche Vorbedingung des rechtlichen Schutzes dieser ideellen Güter ist grundlegend die Sicherung des Schutzes von Leib und Leben. Die körperliche Unversehrtheit und das Leben sind sowohl heute, als auch in der Vergangenheit die wichtigsten ideellen Werte des Menschen, bzw. im antiken Rom des freien Menschen, genauer des *civis Romanus sui iuris*, da niemand als Eigentümer seiner Körperteile angesehen wird: „*dominus membrorum suorum nemo videtur*“, sagt Ulpian (D. 9.2.13. pr.). Der vollständige Schutz von Leib und Leben war bekanntlich in Rom von altersher durch die Rechtsordnung gesichert, aber nur für die *cives Romani sui iuris*, denn die Gefährdung von Leib und Leben der Gewaltunterworfenen bedeutete die Verletzung des *pater familias*. Der rechtliche Schutz des Lebens der Bürger war — der Tradition nach — schon in Numas „Gesetzen“ gesichert. Die vorsätzliche

¹ Liv. 23.3.16. — App. bel. civ. 1.23.

² Marquardt, J.: Römische Staatsverwaltung I.³ Leipzig, 1957. 390.

³ Gai. 3. 93.

⁴ Wlassak, M.: Der Ausschluss der Latiner von der römischen Legisactio. SZ Rom. Abt. 28 (1907) 114. ff. — Pólay, E.: Differenzierung der Gesellschaftsnormen im antiken Rom. Budapest, 1964. 151. ff. — Mitteis, L.: Römisches Privatrecht I. München—Leipzig, 1935. (Neudruck.) 72. und 120.

Mordtat eines Freien wurde als *parricidium* qualifiziert (Festus, P. 221.) und mit einer Kapitalstrafe belegt, im Falle eines „imprudens“ (d. h. nicht vorsätzlich) begangenen Mordes musste aber der Täter nur „*pro capite occisi agnatis eius in contione arietem offerre*“ (Servius in Virgiliiecl. 4.43.). In den XII Tafeln wurde die Körperverstümmelung (*membri ruptio*) mit *talio*, der Knochenbruch (*ossis fractio*) — auch im Falle eines Gewaltunterworfenen — mit tarifgemässer *compositio* bestraft, genau so, wie im Falle anderer *iniuriae in corpus* (Tab. VIII. 4.), d. h. Körperverletzungen, die nicht unter den Begriff der *membri ruptio* bzw. *ossis fractio* fielen. Auch eine, durch Speerwurf unbeabsichtigt verursachte Körperverletzung, als qualifizierte Art dieser Straftat, wurde irgendwie mit einer Strafe belegt (Tab. VIII. 24. a.). Im Sinne der *lex Cornelia de iniuriis* (i. J. 81 v. Chr.) wurden die schmerzhaften groben Hiebe (*verberare*) und das schmerzlose Schlagen (*pulsare*), als neue Arten der Körperverletzung auf kriminellem Weg von der *quaestio de iniuriis* beurteilt und so wurden die in den XII Tafeln festgelegten Arten der Körperverletzungen sozusagen einbezogen. Der Mord blieb unverändert ein *crimen*, und zog ununterbrochen einen Kriminalverfolgung nach sich, die Körperverletzungen aller Art wurden z. T. auf kriminellem, z. T. auf deliktuellen Weg verfolgt. In der nachklassischen Periode trat die Kriminalverfolgung im Falle der Körperverletzungen in den Vordergrund, während in der justinianischen Kodifikation dem Verletzten fakultativ sowohl der öffentlich-rechtliche (strafrechtliche), als auch der privatrechtliche (deliktuelle) Weg zur Verfolgung der Straftat offenstanden (Inst. 4.4.10.).⁵

III.

1. Bevor wir über die persönliche Freiheit sprechen, scheint es uns zweckmässig über die Auffassung der Römer vom Begriff der *libertas* etwas zu sagen.

Der Ausgangspunkt der Römer in der Frage der *libertas* war die *libertas rei publicae*, d. h. die Freiheit jedes einzelnen *civis Romanus* und die Gesamtheit der Freiheit der Einzelbürger bedeutete die Freiheit der Republik. Diese Konzeption stellte aber dem Wesen nach ein Lösungswort dar, das zur Zeit der Republik zwar nicht oft betont wurde, aber wenn es vorkam, wurde es mit überzeugender Kraft, wie bei Cicero (De re publ. 2.43.), unterstrichen:

„*desunt omnino ei populo multa, qui rege est, in primisque libertas, quae non in eo est, ut iusto utamur domino, sed ut nullo*“,

d. h.: die echte Freiheit gibt es nur im Rahmen der Republik, denn unter der Königsherrschaft fehlt die *libertas* vollständig. — Vielmehr wurde diese Freiheit und sehr oft zur Zeit des Prinzipats betont, als Kaiser Augustus den Ausbau des Apparates der Militärmonarchie begann. In der republikanischen Periode wurde diese Bürgerfreiheit durch gewisse Institu-

⁵ Siehe: über die Injurien *in corpus*: Mommsen, Th.: Römisches Strafrecht. Leipzig, 1899. — Maschke, R.: Die Persönlichkeitsrechte des römischen Iniuriensystems. Breslau, 1903. — Kaser, M.: Das altrömische ius. Göttingen, 1949. 207. ff. — Huvelin, P.: La notion de l'iniuria dans le très ancien droit romain. Mélanges Appleton. Lyon, 1903. 9 ff. — Pugliese, G.: Studi sull' „iniuria“. I. Milano, 1941. 29 ff. — Simon, D. V.: Begriff und Tatbestand der „Iniuria“. SZ 82 (1965) 132 ff. — Wittmann, R.: Die Körperverletzung an Freien im klassischen römischen Recht. München, 1972. — Di Paola, S.: Le generi storiche del delitto di „iniuria“. Ann. Sem. Giur. di Univ. Catania I. 1947. — Raber, F.: Grundlagen klassischer Iniuriensprüche, Wien—Köln—Graz, 1969. — Wittmann, R.: Die Entwicklungslinien der klassischen Iniurienklagen. SZ 91 (1974). — Pólay, E.: A személyiség polgári jogi védelmének történetéhez. Iniuria-tényállások a római jogban (=Zur Geschichte des zivilrechtlichen Schutzes der Persönlichkeit. Injurientatbestände im römischen Recht). Acta Jur. et Pol. Univ. Szeged. XXX (1983) 4. — Sólyom, L.: A személyiségi jogok elmélete (=Theorie der Persönlichkeitsrechte) Budapest, 1983. 132—166. — Pólay, E.: Iniuria—Tatbestände im archaischen Zeitalter des antiken Rom. SZ 101 (1984) 142—189.

tionen, des öffentlichen Rechts, so das Provokationsrecht der Magistrate, des Volkstribunats, die gesetzgeberische Tätigkeit der Volksversammlungen, die Freiheit der Komitienmitglieder mit den Worten „*uti rogas*“ oder „*antiquo*“ ihren Willen zu erklären im grossen und ganzen gesichert. Zur Zeit des Prinzipats traten aber die losungswortartigen Aussagen in den Erklärungen der Kaiser immer häufiger in den Vordergrund, was das Fehlen der bisherigen *libertas* bewies. Augustus sagt, dass er durch den eindeutigen Willen aller (*per consensum universorum*) die Macht übertragen bekam (Mon. Ancyr. 34.). Er charakterisiert sich selbst als einen *assertor libertatis*, der für das unterdrückte Volk „*libertatem vindicavi*(t)“ (Mon. Ancyr. 1.). Kaiser Tiberius betonte, dass er „*convicia malasque rumores de se ac suis carmina*“ mit Duldsamkeit zur Kenntnis nahm, denn „*in civitate libera linguam mentemque liberas esse debere*“ (Suet. Tib. 28.), d.h. in einem freien Staat kommt die Freiheit der Meinungsäusserung jedem Bürger zu.⁶ Diese Erklärungen waren aber ausnahmslos hochtönende Phrasen, die dazu dienten, den Schein der *libertas publica* und damit die der Freiheit der Einzelbürger aufrechtzuerhalten. Zur Zeit des späteren Prinzipats und in der Periode des Dominats „nimmt — wie Schulz sagt⁷ — der autoritäre Staat das Freiheitsprinzip auch für sich selbst in Anspruch und gewährt die Bürgerfreiheit auch seinerseits ‚in Freiheit‘“.

2. Wird die Familien- und Erbrechtstheorie *Bonfantes*⁸-gemäss der die Struktur des altrömischen Staates nach dem Muster der altrömischen Hausgemeinschaft aufgebaut wurde, oder umgekehrt — von uns akzeptiert, oder nicht, ist festzulegen, dass die Freiheit — die von Florentin folgendermassen definiert wurde:

„*Libertas est (naturalis) facultas eius, quod cuique facere libet, nisi si quid vi aut iure prohibetur*“ (D. 1.5.4. pr.) —

nur jenen einzelnen Bürger zukam, der eine *persona sui iuris*, genauer ein *pater familias* war. Die *uxor in manu*, trotzdem sie eine *civis Romana* war, die gewaltunterworfenen Kinder, obwohl sie potentiell auch vollberechtigte Bürger waren, standen unter der väterlichen Gewalt bzw. *manus*, Ihre Freiheit war deshalb nur virtuell; ihrer rechtlichen Lage nach waren sie fast ebenso unfrei, wie die Sklaven. In diesem Sinne müssen wir die „Freiheitsidee“ der Römer untersuchen.

3. Über die persönliche Freiheit sagt schon Cicero, dass sie ebenso einen „ideellen Wert“ bedeutet, wie das Leben für den einzelnen Bürger, das mit Geld unmessbar ist:

„*haec, quae vel vita redimi recte possunt, aestimare pecunia non queo*“ (In Verr. II. 5.9.23.)

und dieselbe Auffassung kommt im Ediktcommentar von Paulus zum Ausdruck: „*Libertas inaestimabilis res est*“ (D. 50.17.106.). Die persönliche Freiheit wurde also von den Römern sowohl in den ciceronianischen, als auch in der justinianischen Zeit ebenso als ein ideeller Wert der Person betrachtet, wie in den modernen Rechtsordnungen. Es fragt sich nun, wie dieser ideelle Wert, als Bestandteil der Persönlichkeit, im Rahmen des römischen Privatrechts geschützt wurde? Von Cicero wird es nämlich betont, dass: „*actio iniuriarum... dolorem imminutae libertatis iudicio... mitigat*“ (Pro Caecilio 12.).

4. Von einem institutionell ausgebauten privatrechtlichen Schutz dieses ideellen Wertes kann man im antiken Rom von altersher keineswegs sprechen. Nur gewisse Erscheinungen

⁶ Kunkel, W.: Bericht über neuere Arbeiten zur römischen Verfassungsgeschichte III. SZ 65 (1958) 345.

⁷ Schulz, F.: Prinzipien des römischen Rechts. München—Leipzig, 1934. 111. — Óriás N.: De libertate in Iustiniano iure. Acta Cong. Iur. Internat. Romae. Roma, 1935. 153—160.

⁸ Bonfante, P.: Corso di diritto romano I, Diritto di famiglia. Roma, 1925.

sind in der römischen Rechtsordnung zu bemerken, die darauf hinzuweisen scheinen, dass die persönliche *libertas* einen rechtlichen Schutz genoss.

Im Rahmen des Legisaktionsprozesses wurden die Freiheitsprozesse dem „*favor libertatis*“-Prinzip entsprechend geregelt. Wenn er sich im Rahmen eines Freiheitsprozesses um die „*vindicatio in libertatem*“, oder um die „*vindicatio in servitutum*“ handelt, tritt im Prozess statt des Vindizierten der *assertor in libertatem*, d. h. der Verteidiger der Freiheit auf, und der umstrittene Mensch bleibt bis zum Ende des Verfahrens in tatsächlicher Freiheit „*secundum libertatem*“ (Pomp. D. 1.2.2.24. — Liv. 3.44.5.—12.). Die Freiheitsprozesse wurden zur Zeit der Legisaktionen auch dadurch privilegiert, dass die *summa sacramenti* such in jenem Falle nur 50 Pfund Rohkupfer (bald *asses*) betrug, wenn der Prozessgegenstand, der Mensch auch sehr wertvoll (*etsi pretiosissimus homo esset*) war (Gai. 4.14.). Die „Vermutung der Freiheit“ bis zum Ende des Prozesses und die Regelung der *summa sacramenti* weisen auf das Prinzip des *favor libertatis* hin. Zum Zweck des *favor libertatis*⁹ war auch eine wiederholte *vindicatio* möglich (Cic. De fin. 1.4.12.). Die Regel, dass das Kind einer Sklavin auch in jenem Fall als freigeboresenes behandelt wird, wenn die Sklavin während ihrer Schwangerschaft auch nur einen Augenblick lang frei war (Marc. D. 1.5.5.2. — PS 2.24.2.3. — Inst. 1.4. pr.), steht im Dienst dieses Prinzips. Ebenso gilt dies für die Norm, wonach dann, wenn jemand einen anderen „*de libertate in servitutum petat*“ (nicht zwecks der Eviktion), obwohl er weiss, dass es sich hier um einen Freien handelt (*quem sciat liberum esse*), „*iniuriarum actione tenetur*“ (Gai. D. 47.10.12.). Von Diokletian wird reskribiert, dass ein Freie durch ein *pactum privatum* oder durch einen administrativen Akt „*non posse mutata condicione servus fieri*“ (D. 7.16.10.). Also wieder die Betonung des Prinzips des *favor libertatis*!

Und noch etwas das Prinzip des *favor libertatis* zu unterstützen. Wenn der Sklave in *condominium* mehrerer stand und ein Miteigentümer den Sklaven freilassen wollte, waren die anderen gegen die Bezahlung einer Ablössumme gezwungen, ihre Zustimmung zur *manumissio* zu geben (D. 40.12.30. — C. 7.7.1.7.). Verweigerten jene diese Zustimmung, bestand dem Manumittent die Möglichkeit die Ablössumme bei einem „glaubwürdigen Ort“ zu deponieren und so wurde die vollständige Freilassung seitens der Miteigentümer nicht mehr zu verhindern (C. 7.7.1.2.).

5. Der Entzug der persönlichen Freiheit wurde im Fall eines Ehebruchs einer verheirateten Frau dem beleidigten Ehemann im Bezug auf den fremden Mann im Betretungsfalle nur innerhalb von 20 Stunden gestattet (PS 2.26.3.):

„*Capite quinto legis Iuliae cavetur, ut adulterum deprehensum viginti horas ad testandos vicinos retinere liceat*“:

nach 20 Stunden — wie Mommsen¹⁰ betont — wird er wegen *iniuria* bestraft.

Die persönliche Freiheit wird übrigens vom klassischen Recht genug vielseitig geschützt. In seinem Ediktkommentar sagt Ulpian (D. 43.8.2.9.):

„*Si quis in mari piscari aut navigare prohibeatur... qui in campo publico ludere vel in publico balineo lavare aut in theatro spectare arceatur... iniuriarum actione utendum est.*“

⁹ Kaser, M.: Ehe und „*conventio in manum*“. Iura 1 (1950) 81 ff. Härtel, G.: Der *favor libertatis* und sein gesellschaftlicher Zusammenhang nach den Digesten in 2—3. Jh. u. Z. in Index. 1974. 1. — Huchthausen, L.: Zum Problem der Freiheitsbegünstigung (*favor libertatis*) im römischen Recht, in Philologus. 120. 1976. Masiello, T.: Il „*dies mortis*“ dello schiavo, Sodalitas. 5.2347 f. Napoli, 1984. — Arcadius Charisius der nachklassische Jurist legt fest, dassim Freiheitsprozess die Wahrheit „*per eorum tormenta, de quorum statu quaeritur*“ nicht klarzustellen ist (D. 48.18.10.6.)

¹⁰ Mommsen, Th.: Römisches Strafrecht. Leipzig, 1899. 793.

Von Pomponius wird hervorgehoben, dass dem Beleidigten eine *actio iniuriarum* zur Verfügung steht, wenn ihn jemand behindert (D. 47.10.13.7.):

„in publicum lavare vel in cavea publica sedere vel in quo alio loco agere, sedere, conversari... aut si quis re mea uti me non permittat“.

Wenn also jemand einen Freien in seiner freien Bewegung, wie Aufenthalt auf einem Spielplatz, im öffentlichen Bad, im Theater, auf einem öffentlichen Platz, oder in der Ausübung seines Fischereirechtes an der Seeküste¹¹ oder in seiner Schifffahrt bzw. im Gebrauch seiner Vermögensgegenstände verhindert, kann der Verletzte wegen *iniuria* klagen.

6. Zum Schutz der persönlichen Freiheit gehört die rechtliche Verteidigung des Hausfriedens. Das englische Sprichwort: „my home is my castle“ war auch im Bezug auf den *pater familias* gültig. Die *lex Cornelia de iniuriis* (81. v. Chr.) hat drei neue Injurientatbestände kreiert: „*verberare, pulsare, domum vi introire*“ (Paul. D. 3.33. 42.1. — Marc. D. 47.10.37.1 — PS 5.4.8. — Inst. 4.4.8.), von denen der dritte den Hausfriedensbruch als einen Injurientatbestand qualifizierte und diese Straftat zog einen Kriminalprozess vor der *quaestio de iniuriis* nach sich. Die Kriminalverfolgung dieser Injurienart war aber etwas anders organisiert, als das Verfahren vor den anderen sechs Quaestionen, denn die *iniuria* hatte einen gewissen deliktuellen Charakter, da diese Straftat nicht gegen die Gemeinde (Staat), sondern gegen die Einzelperson gerichtet war. Den Hausfriedensbruch haben aber schon die republikanischen Juristen in strengem Sinne aufgefasst, denn — wie Ofilius sagt (Paul. D. 47.10.23.) — wird das Verhalten der Person, die trotz des Willens des Hausherrn (bzw. seines Vertreters) in ein fremdes Haus, obwohl zwecks einer *in iure vocatio* eintritt, wird als *iniuria* gegen den Hauseigentümer qualifiziert.

7. Was die Freiheit der Bürger Privatvereine zu schaffen angeht, ist es zu betonen, dass die *libertas* der *cives Romani* in dieser Beziehung ziemlich beschränkt war. Es gab ja Handwerkerinnungen (*corpus pistorum, fabrorum* etc.), Frachtunternehmervereine (*corpus navi-
culariorum*), Bestattungsvereine, d. h. Sterbekassen, wie man es z. B. im römischen Dakien sieht (*collegium funeraticium in Alburno maiore*),¹² die aber von geringer Bedeutung waren, Die Inhaber der Staatsmacht standen solchen Vereinen ablehnend gegenüber, wie man es bei M. Portius Latro, einem berühmten Redner der augusteischen Periode liest (Decl. in Cat. 19.), wonach:

„*XII tabulis cautum esse cognoscimus, ne qui in urbe coetus nocturnos agitare*“,

also schon die *decemviri* wollten die nächtlichen Zusammenkünfte der Bürger verhindern. So etwas sieht man auch bei Kaiser Trajan, der die Gründung eines freiwilligen Feuerwehrkollegiums nicht erlaubte, obwohl an dem Orte ein Brand die Notwendigkeit eines solchen Kollegiums begründet hat und der Freund des Kaisers, der jüngere Plinius (Ad Traianum 33—34.) ihn auf diese Sache aufmerksam machte.¹³ Die Abneigung der Faktoren der staatlichen Macht hatte immer einen politischen Grund.

8. Was die Meinungs-, Glaubens- und Kultfreiheit angeht, wird von Schulz¹⁴ betont, dass diese „werden nicht schrankenlos, aber im weitem Ausmasse gewährt“. Es ist ohne Zweifel festzustellen, dass die Staatsmacht Roms in der Heidenzeit — obwohl auch damals

¹¹ Schulz (op. cit. 104.) betont: „Einschränkungen des Eigentums die sich heute aus dem Jagd- und Fischereirecht ergeben, sind dem römischen Recht ganz unbekannt“.

¹² Biró, J.: Das Collegium funeraticium in Alburno maiore. Gesellschaft und Wirtschaft im griechisch-römischen Altertum. Red. Andrew. M.—Irmscher, J.—Pólay, E.—Warkallo, W. II. Berlin, 1969. 1—19.

¹³ Schulz op. cit. 109.

¹⁴ Schulz op. cit. 108.

eine Staatsreligion existierte — sich gegenüber anderer Kulte, Religionen, wenn sie nicht gegen die Staatsmacht auftraten, sich sehr tolerant verhielt, abgesehen davon, dass z. B. Kaiser Augustus, als *pontifex maximus* eine ganze Menge von griechischen und lateinischen Orakelbüchern zusammentragen und verbrennen liess (Sueton. Aug. 31.). Solche Fälle kamen aber nur ausnahmsweise vor. Dem aus Vorderasien stammenden Mithraskult oder dem ägyptischen Isiskult wurde eine vollständige Freiheit gesichert, wie es das in der panonischen Stadt Savaria (in Westungarn) entdeckte Iseum beweist. — Was das Christentum betrifft, kann man sagen, dass solange diese Religion mit der Staatsmacht nicht zusammenstoss, es im Römmerreich keine bedeutende Christenverfolgung gab. Als aber Kaiser Decius in einer Konstitution vorschrieb, dass alle freien Untertane des Reiches den Göttern der Staatsreligion ein Opfer darzubringen verpflichtet sind (FIRA III.² pp. 593—594.), kam das Christentum mit der Staatsmacht in Konflikt, genau so, wie zur Zeit Diokletians, als die Soldaten christlicher Religion den religiösen Kult des Kaisers, der jetzt „*dominus et deus*“ war, abgelehnt haben. Das vierte Edikt Diokletians gegen die Christen brachte für diejenigen Christen, die dem Opferzwang nicht folgten, die Zwangsarbeit in den Bergwerken oder den Tod (Lactantius, *De mort. pers.* 15.4. — Eusebius, *mart. Paul.* 3.1.—4.8.). Mit der diokletianischen Christenverfolgung endete aber dieser Prozess und seit Konstantin I sehen wir, dass die Gesetzgebung des römischen Staates im christlichen Sinne erfolgt. Die Kirche wird als Rechtssubjekt anerkannt und — wie es von Härtel¹⁵ durch die Erörterung der bezüglichen Kaiserkonstitutionen sehr anschaulich dargestellt wurde — hatte „der Herrscher das Schutz- und Schirmrecht über die Kirche: er sorgte sich für die Einheit der Kirche und um die Einheit des Glaubens, denn eine Vielzahl kaiserlicher Gesetze sind gerade dieser Problematik gewidmet“. Nachdem also das Christentum seit Theodosius I. zu einer Staatsreligion avancierte, wurden andere Kulte und Glaubensrichtungen nicht nur in der Hintergrund gedrängt, sondern sogar verfolgt. Der Titel 1. des ersten Buches des justinianischen Codex ist in dieser Beziehung sehr charakteristisch: „*De summa trinitate et de fide catholica et ut nemo de ea publice contendere audeat*“ genau so, wie die weiteren Titeln des ersten Buches, wie „*De hereticis et Manichaeis et Samaritis*“ (tit. 5.), „*De apostatis*“ (tit. 7.), „*Nemini licere signum salvatoris Christi vel in silice vel in marmore aut sculpere aut pingere*“ (tit. 8.), „*De Iudaeis et coelicolis*“ (tit. 9.), „*Ne Christianum mancipium hereticus vel paganus vel Iudaeus habeat*“ (tit. 10.), „*De paganis sacrificiis et templis*“ (tit. 11.).

Was die Freiheit verschiedener philosophischer Lehren zu propagieren betrifft, kann man sagen, dass im antiken Rom bis zur Alleinherrschaft der christlichen Staatsreligion dies — von einzelnen Ausnahmen abgesehen — keineswegs verhindert war (nur in jenem Falle, wenn es mit der Staatsmacht zum Zusammenstoss kam). Von einem solchen Fall haben wir historische Nachricht; die Ankuft von Karneades, des Platonisten in Rom löste (155. v. u. Z.) die Empörung des älteren Catos aus, der um die Verletzung der „uralten römischen Sitten“ durch die Platonisten besorgt war. Infolgedessen wurde der Karneades'schen Philosophendelegation das Recht der öffentlichen Vorlesungen entzogen.¹⁶

Zusammenfassend: es war die Gewissensfreiheit — trotz allen losungsartigen Erklärungen — immer von der Staatsmacht abhängig und wurde, wenn die Herren des Staates es für zweckmässig hielten, unterdrückt oder sogar vernichtet.

9. Die wirkliche persönliche Freiheit und die Gewissensfreiheit wurde also in Rom, als ideeller Wert der Person im Bereiche des Privatrechts institutionell keineswegs geschützt, nur ausnahmsweise sehen wir hier und da gewisse Spuren, die auf eine solche Bestrebung

¹⁵ Härtel, G.: Die Religionspolitik der römischen Kaiser von Diokletian bis Justinian I. (Im Druck in Acta Cl. Univ. Sc. Debrecen.)

¹⁶ Maschkin, N. A.: Az ókori Róma története (=Geschichte des antiken Roms). Budapest, 1951. 154. und Maróti, E.: Cato és a „De agri cultura“. Budapest, 1966. 31 — Die Lehrtätigkeit der neoplatonistischen Akademie in Athen wurde von Iustinian in 529 eingestellt. Siehe Moravcsik, Gy.: Bevezetés a byzantinológiába (=Einführung in die Byzantinologie). Budapest, 1966. 134.

hinzuweisen scheinen. Diese Bestrebungen sind grösstenteils auf das „Prinzip der Heiligkeit des Privateigentums“ zurückzuführen (Schutz der freien Fischerei, der freien Schifffahrt, des Gebrauchs der Eigentumsgegenstände, Schutz des Hauseigentümers). Das kommt auch bei Schulz¹⁷ zum Ausdruck, von dem betont wurde; „es ist bezeichnend, dass das Rechtsinstitut der Enteignung im Sinne einer staatlichen Entziehung von Privatrechten im öffentlichen Interesse dem römischen Recht fast unbekannt ist“. In dieser Tendenz verkörpert sich aber nicht der privatrechtliche Schutz der persönlichen- und Gewissensfreiheit, sondern der des Prinzips „der Heiligkeit des Privateigentums“ genau so, wie in denjenigen Vorschriften, die dem *favor libertatis* dienen. Diese sollten nur den Rechtsatz untermauern, in dessen Sinne der *civis Romanus* in der Stadt Rom bzw. im republikanischen Römerreich, als potentieller Herr einer Hausgemeinschaft, als *dominus* der Vermögensgegenstände nicht in die Sklaverei geraten kann.

IV.

1. Und nun über den rechtlichen Schutz der Namensführung im antiken Rom. Justinian sagt in seinen Institutionen die folgende :

„*nomina enim significandorum hominum gratia reperta sunt*“ (2.20.29.),

d. h., dass es im Römerreich ein bestimmtes System der Namensführung gab, das einen ideellen Wert für die Person bedeutete, z. B. die Zugehörigkeit eines *civis Romanus* zu seiner *gens*, was durch den Gentilnamen (*nomen*) bezeichnet wurde.¹⁸ Der Missbrauch eines Gentilnamen konnte der dazu nicht berechtigten Person unrechtmässige Vorteile sichern, „wenn man sich als Mitglied einer anderen *gens* oder Familie bezeichnete“.¹⁹ Der Peregrine, der die *civitas Romana* erhielt, nahm statt seines früheren Namens ein, dem Namen des Kaisers nachgeformtes *nomen* (Gentilame) an. Sein Name verriet demnach keineswegs seine peregrinische Herkunft und das bedeutete für ihn schon einen Vorteil im Gesellschaftsleben. — Wie sorgsam die Gentilgemeinschaft auf die Namensführung der Mitglieder der *gens* — mit besonderer Rücksicht auf die Ehre, auf den guten Ruhm der *gens* — achtete, wird von Sueton in den folgenden dargestellt:

„(*Gens Claudia*) *cum praenominibus cognominibusque variis distingueretur, Lucii praenomen consensu repudiavit, postquam e duobus gentilibus praeditis eo alter latrocinii, caedis alter convictus est*“ (Tiberius 1.).

D. h. die *gens Claudia* schloss von den verschiedenen Vor- und Zunamen, nach welchen sich die einzelnen Zweige unterscheiden, schon den Vornamen Lucius einstimmig aus (*consensu repudiavit*), seitdem zwei Angehörige, die diesen Namen geführt hatten, den eine des Strassenraubes, der andere des Mordes überführt worden waren. In der weiteren wird es von Sueton bemerkt, dass diese *gens* nahm dagegen unter die Beihamen den Zunamen „Nero“ auf, der auf sabinisch soviel, wie „tapfer und entschlossen“ bedeutet. — Über dieselbe Erscheinung bietet uns Festus (P. 151.) eine ähnliche Information:

„*Manliae gentis patriciae decreto nemo ex ea Marcus appellatur, quod M. Manlius, qui Capitolium a Gallis defenderat, cum regnum affectasset, damnatus necatusque est.*“

¹⁷ Schulz, op. cit. 109.

¹⁸ Visky, K.: A személynevek a római jog világában (=Die Personennamen in der Welt des römischen Rechts). Antik tanulmányok — Studia antiqua. Budapest. 28 (1981) 2. 194.

¹⁹ Maróti, E.: Zur Regelung der römischen Personennamensführung. Studia in honorem Veli-mírii Pólay septuagenarii. Acta Jur. et Pol. Univ. Szeged. Tom XXXIII (1985). 281—282.

In der Determinierung der Namensführung spielten also nicht nur der *consensus gentis*, sondern auch die sog. *decreta gentilicia* eine Rolle. Diese *decreta* waren die Quellen der *mores*, die die innere Lebensführung der Mitglieder der *gens* regelten. *Decreto patriciae gentis Manliae* wurde nämlich die Führung des *praenomen* Marcus für die Mitgliedern dieses vornehmen, alten Geschlechtes verboten, denn ein Manlius, dessen *praenomen* Marcus war — der übrigens das Capitolium gegen die Galliern verteidigte — dem Herrschen (*regnum*) nachgestrebt hat und deshalb verurteilt und hingerichtet wurde.²⁰

Es scheint ganz klargestellt zu sein, dass die Namensführung, als ein moralischer, ideeller Wert der Person, im Römerreich einen Vorteil (im Falle eines hervorragenden Gentilnamen), oder einen Nachteil (im Falle eines verachteten Peregrinernamens) im Gesellschaftsleben, in dem öffentlichen Leben, als Vorbedingung einer erfolgreichen Laufbahn usw. für den Namensführer beudeuten konnte. Es ist nur fraglich, ob es die Namensführung in Rom einen öffentlich-rechtlichen (strafrechtlichen), bzw. privatrechtlichen Schutz genoss, oder nicht?

2. Die ersten Zeichen eines öffentlich-rechtlichen (strafrechtlichen) Schutzes der Namensführung sieht man in der sullanischen *lex Cornelia de falsis* (81 v. Chr.), wonach:

„*qui sibi falsum nomen imposuerit parentesve finxerit, quo quid alienum interciperet, caperet, possideret, poena legis Corneliae de falsis coercetur*“ (PS 5.25.11.).

Dies wurde auch in *liber responsorum XV* des Papinian in einem kurzgefassten Satz wiederholt, demgemäss:

„*Falsi nominis adversatio poena legis coercetur*“ (D. 48.10.13.),

d. h. die Führung eines falschen Names wird im Sinne der *lex Cornelia de falsis* bestraft. Zu dem waren die *poenae* der *lex Cornelia de falsis* sehr streng, u. zw. entweder *deportatio in insulam*, oder *in metallum datio* bzw. „*capite puniuntur*“ (PS 5.25.1.7—14.).

Die vorsätzliche falsche Namensführung wurde also öffentlichrechtlich, d. h. strafrechtlich sanktioniert. Wo finden wir aber den zivilrechtlichen Schutz der Namensführung als eines ideellen Wertes der Person?

3. Der Text eines diokletianischen (maximianischen) Reskriptes charakterisiert die privatrechtliche Auffassung des Kaisertums in dieser Frage:

„*Sicut initio nominis cognominis praenominis recognoscendi singulos impositio privatim libera est, ita horum mutatio innocentibus periculosa non est, mutare itaque nomen sive praenomen sine aliqua fraude licito iure*“ (C. 9.25.).

D. h.: wie die Bestimmung des Namens bzw. Vornamens in Rom als eine Privatsache betrachtet wird, so bedeutet auch die Namensänderung (*horum mutatio... periculosa non est*) keine Gefahr. Der Freie kann also seinen Namen nach Belieben ändern, eine arglistige Motivation dieser Änderung ist aber verboten, ist die Namensänderung z. B. zwecks des Betruges der Gläubiger für jenen, der seinen Namen ändert, unerlaubt.²¹ Dieser Tatbestand fällt unseres Erachtens unter die Vorschriften der *lex Cornelia de falsis*, wird also strafrechtlich sanktioniert. Also wieder kein zivilrechtlicher Schutz der Namensführung! Auch die Anfertigung eines falschen Siegels, eines *signum adulterinum* wurde nur kriminell von der *lex Cornelia* verfolgt (Inst. 4.18.).

²⁰ Alföldi L. G.: Note sur la relation entre le droit de la cité et la nomenclature dans l'Empire romain. Latomus. Bruxelles. XXV (1966) 56. — Serrao, F.: Diritto privato, economia e società nella storia di Roma. I. Napoli, 1984. 56—57.

²¹ Visky, op. cit. 195.

Die Oberaufsicht der *census*-Liste, in die die Namen der *cives Romani* eingetragen wurden, wurde vom Zensor, später vom Senat ausgeübt.²² Auch von den im *status* der Peregriner stehenden Untertanen wurde eine Liste seit der Kaiserzeit geführt. Diese Aufgabe gehörte in Ägypten zum Wirkungskreis des Idioslogos, der befugt war, auch die Namensänderungen in diese Liste einzutragen.²³ Diese Vorschriften sind aber bloss verwaltungsrechtlichen Charakters. Die Liste der Bürger diente der Registrierung der Steuer- bzw. Militärflichtigen.

Eine allgemeine Registrierung der Bürger bzw. der Untertanen *in statu peregrinorum* existierte in Rom bzw. im Römerreich keineswegs, d. h. Geburts-, Ehe- und Sterbebücher waren hier unbekannt. Somit besass der *civis Romanus*, bzw. der Peregriner, der römischer Untertan war, das freie Verfügungsrecht — natürlich mit der Ausnahme der obenerwähnten Beschränkungen — über die Namenswahl und die Namensänderung mit Rücksicht auf das Grundprinzip des römischen Rechts: „*alterum non laedere*“ (D. 1.1.10.1.).

4. Ein gewisser privatrechtlicher Schutz der Namensführung, als eines ideellen Wertes des *civis Romanus* scheint uns nur mittelbar, im Bereiche des testamentarischen Erbrecht, vorhanden zu sein. Im Rahmen der *heredis institutio* musste der Erblasser den testamentarischen Erben eindeutig bezeichnen: d. h. dass sowohl das *praenomen*, als auch das *nomen* und *cognomen* des Erben bzw. der Erben vermerkt sein sollen. „*Sed et cum in praenomine, cognomine erratum est, is ad quem hereditas pertinet* — sagt Salvius Iulianus (D. 37.11.8.2.) — *bonorum possessionem accipit*“. Irrte also der Erblasser in *prae-* und *cognomen* des Erben im Testament, so konnte der Erbe den Nachlass doch erwerben, wenn aufgrund des gegebenen Gentilnamens seine Identität — im Sinne des Prinzips des *favor testamenti* — festzustellen ist. Dieselbe Entscheidung kommt in einem Reskript des Kaisers Gordian (i. J. 239) zum Ausdruck (C. 6.23.4.). Derselbe Standpunkt wird auch bei Ulpian im Falle der Enterbung geäußert; hier war nämlich die genaue Bestimmung der enterbten Person (D. 2.8.2.1.) unbedingt nötig. Die ursprüngliche Abfassung dieser Rechtsnorm über den Irrtum des *testator* scheint uns an die Sentenz des republikanischen Rechtsgelehrten Servius zu erinnern; seine Meinung können wir von Pomponius kennenlernen:

„*Si in iudicis nomine praenomine erratum est, Servius respondit, si ea conventione litigatorum is iudex addictus esset, eum esse iudicem, de quo litigatores sensissent*“ (D. 5.1.80.).

Ist im *nomen* und *praenomen* des *iudex* ein Irrtum unterlaufen, wird der *iudex* derjenige sein, über dessen Person sich die Partner vereinbarten. Diese wirkt in jedem Fall als Richtschnur, wenn die Interessierten ein Abkommen schliessen, in dessen Sinne in ihrem Rechtsstreit ein Schwurrichter entscheiden wird. In diesem Falle müssen die Partner die Person des Schwurrichters genau bezeichnen, benennen, denn wird ihre Vereinbarung ungültig.²⁴

5. Zusammenfassend ist es festzustellen, dass ein unmittelbarer zivilrechtlicher Schutz der Namensführung, als eines ideellen Wertes im römischen Recht weder in Spuren, noch institutionell zu finden ist. Es scheint uns trotzdem Kasers Ansicht,²⁵ dergemäss; „Das Namenwesen haben die Römer vom Recht ferngehalten und der Sitte überlassen“, doch einigermaßen übertrieben zu sein, denn die Namensführung, besonders die Missbräuche jener haben manchmal öffentlich-rechtliche (strafrechtliche) Sanktionen nach sich gezogen und wurden somit nicht bloss von der Sitte geregelt. Vielmehr ist es Viskys Auffassung zuzu-

²² Mommsen, Th.: Römisches Staatsrecht III. I. Leipzig, 1887. 213.

²³ Calderini, R.: Aegyptus. XXI. 223. und Visky op. cit. 195.

²⁴ Visky op. cit. 199. und. Talamanca, M.: Ricerche in tema di compromissum. Milano, 1958. 6—7.

²⁵ Kaser, M.: Das römische Privatrecht I.² München 1971. 347.

stimmen, der die Spuren eines rechtlichen Schutzes zusammenzustellen versuchte.²⁶ Sein Standpunkt ist nur noch gewissermassen zu präzisieren, u. zw. in jener Relation, dass dieser rechtliche Schutz sich unmittelbar nur im Bereiche des öffentlichen Rechts (Strafrecht) zeigte und im privatrechtlichen Bereich die Spuren dieses Schutzes nur mittelbar zu finden sind. — Es ist nur soviel zu vermuten, dass seit dem die Generalklausel: „*Generaliter dicitur iniuria omne, quod non iure fit*“ (Coll. leg. Mos. et Rom. 2.5.1.) ausgebildet wurde, konnte der Verletzte eine *actio iniuriarum (aestimatoria)* gegen den Täter erheben, direkte ist aber diese These quellenmässig nicht zu beweisen.

6. Letzten Endes ist es festzulegen, dass die Namensführung der juristischen Personen, *universitates, corpora, collegia*, d. h. Gemeinden, Korporationen, Vereine im antiken Rom keinen rechtlichen Schutz genossen. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, dass die Kollegien, Korporationen, Vereine kein *nomen, prae-* oder *cognomen* hatten. Ihre Bezeichnung konnte z. B. „*Collegium funeraticium in Alburno maiore*“ sein, die Namen der *universitates* war aber offiziell nicht festgelegt, sie wurden in keine offizielle Liste eingeführt und die Namensführung der *universitas* war rechtlich nicht geregelt.

V.

1. Einen weiteren immateriellen Wert der Person bedeutet die Ehre und der gute Ruhm. u. zw. sowohl im politischen, als auch im gesellschaftlichen bzw. im geschäftlichen Sinne. Der privatrechtliche Schutz der Ehre erschien in Rom in der archaischen Zeitperiode nur in der Form der Sanktionierung der Realinjurien. Die *iniuria in corpus* (der Ausdruck ist in PS 5.4.1. zu befinden dessen Ursprung auf Labeo zurückzuführen ist, der — wie er von Ulpian in D. 47.10.1.1. zitiert wurde — festlegt, dass „*iniuriam... fieri... aut re aut verbis*“) bedeutete den Unfall der Ehrenbeleidigung. Ein Schlag, dessen Folge nicht eine *membri ruptio*, oder *ossis fractio*, d. h. Gliederverstümmelung, Knochenbruch war, wie z. B. eine Ohrfeige, musste schon geeignet sein zur Zeit der XII Tafeln zur Ehrenbeleidigung eines *civis Romanus* entweder unmittelbar, wenn z. B. der *pater familias* eine Ohrfeige persönlich erlitt, oder in jenem Falle, wenn er durch die einfache *iniuria in corpus* seiner Gewaltunterworfenen (*uxor in manu, filius-filia familias, servus, serva*) mittelbar beleidigt wurde beizutragen, denn

„*servo autem ipsi quidem nulla iniuria intelligitur fieri, sed domino per eum fieri videtur*“ (Gai. 2.222.).

Die *poena* einer solchen Ehrenverletzung war in den XII Tafeln in 25 Pfund Rohkupfer (Tab. VIII. 4.) festgelegt. Dass diese Art der tätlichen Ehrenbeleidigung (Realinjurie) in Rom allgemein verbreitet war, beweist die von Gellius (20.1.13.) überlieferte Veratius-story, demgemäss ein gewisser Beau, L. Veratius alle Leute, die ihm auf der Strasse begegneten, eine Ohrfeige gab, und der ihn begleitende Sklave dem Beleidigten die vom Gesetz vorgeschriebene 25 *asses* sofort bezahlte.²⁷ Diese tarifliche Geldstrafe wurde aber vom praetorischen Edikt ausser Kraft gesetzt und dem Beleidigten stand aufgrund des Ediktes die *actio iniuriarum (aestimatoria)* zur Verfügung.

2. Der Tatbestand der Verbalinjurie wurde aufgrund der Weiterbildung der obenerörterten Realinjurie bearbeitet. Das wird durch den Text des *Auctor ad Herennium* (entstanden in den Jahren 86—82 v. Chr.) bewiesen:

²⁶ Visky op. cit. 195—202.

²⁷ Birks, P.: Lucius Veratius and the lex Aebutia. Daube noster. Essays in Legal History for D. Daube. Ed. A. Watson. Edinburgh—London, 1974. 39—48.

„*Iniuriae sunt, quae aut pulsatione corpus, (aut) convicio auris, aut aliqua turpitudine vitam cuiuspiam violant*“.

Das *convicium auris* bedeutete die Verletzung der Ohren des Beleidigten durch eine „ohrenbetäubende Katzenmusik“. Ein Körperteil (*auris*) wurde also vom Schreien mehrerer. (*convocium*) verletzt. Siehe die dialektische Einheit des Formkonservativismus und die fortschrittliche Elastizität der Denkungsart der römischen Juristen! Aufgrund dieses Tatbestandes wurden im Edikt die folgenden Ehrenbeleidigungarten ausgebildet:

- a) *convicium*, der obenerwähnte Tatbestand,
- b) *infamatio*, d. h. die Kränkung des guten Namens des *pater familias* (Ulpian — D. 47.10.15.25.) unmittelbar oder mittelbar,
- c) *verberatio et questio iniussu domini servi alieni*, d. h. die schmerzlichen groben Hiebe und die Tortur des fremden Sklaven ohne dem Befehl seines Herrn, als mittelbare Ehrenverletzung des Familienoberhauptes (Ulpian — D. 47.10.15.37.);
- d) *adtemptata pudicitia*, d. h. die Entführung des Begleiters einer ehrwürdigen *matrona* oder eines *praetextatus(a)*, also eines freigebohrnen Jungen (Mädchen) unter 17 Jahren (bei Mädchen vor der Eheschliessung), bzw. ihr „Andreden“ mit schamlosen Worten, oder ihre wortlose Begleitung von jemandem (Gai. 3.220.), u. zw. alles „gegen die guten Sitten“ (Ulpian — D. 47.10.15.19—22.). In allen diesen Fällen wurde dem Beleidigten bzw. dem *pater familias* der Gewaltunterworfenen die *actio iniuriarum(aestimatoria)* vom Prätor gesichert, aufgrund deren im Rahmen des Antrages des Klägers ihm nach richterlichem Ermessen vom *iudex* eine Geldsumme zugesprochen wurde.

Die kasuistische Bearbeitung dieser Ehrenbeleidigungstatbestände, die vom Edikt des Prätors kreiert wurden, führten die Klassiker durch.

3. Der gute Ruf eines *civis Romanus*, der als Richter tätig ist, wird in jenem Fall verletzt, wenn eine Menschengruppe, als Appellanten den Richter beschimpfen (Paul. D. 47.10.42.). Dieser Fall gehört zum Tatbestand des *convicium*, denn die „*appellatores in unum voces conferuntur*“ (D. 47.10.15.4.). Eine *infamatio*, wenn jemand von einem Inhaber eines Sklaven solche verleumderische Behauptungen verbreitet, dass er seinen Sklaven so grausam behandelte, dass der Sklave das Asylrecht der Kaiserstatue in Anspruch zu nehmen gezwungen war (Ulp. D. 47.11.5.). So eine Nachricht war natürlich für einen *civis Romanus*, der am öffentlichen Leben teilgenommen hat und vielleicht als Kandidat eines hohen Magistrates (*consulatus, praetura* etc.) in Rechnung gezogen wird, sehr schädlich, was seine politische Karriere angeht.

Auch die Frauenehre wurde privatrechtlich geschützt, wie wir es im Falle der Beleidigung der ehrwürdigen *matrona* (Gai. 3.220) sahen. Eine *infamatio* begeht, wenn jemand über eine geschiedene Frau verbreitet, dass sie in Schwanger sei (Ulp. D. 25.1.4.8.), oder „*si obsceno nomine aut inferiore parte corporis mulieribus aliquid insectatus sit*“ (PS 5.4.21.), also mit obszönen Worten eine Frau beleidigte, oder seinen unteren Körperteil *mulieribus* zeigte. Dieser Tatbestand wurde als *convicium* qualifiziert und dem Beleidigten stand die *actio iniuriarum* sowohl im Fall der *adtemptata pudicitia*, als auch in dem der *infamatio* und der *convicium* zur Verfügung.^{27/a}

Die Tatbestände der Kreditbeschädigung der Einzelperson durch *infamatio* werden von Papinian aufgeführt:

wenn jemand einen anderen mit einer irreführenden Behauptung so dargestellt hat, als ob er sein Schuldner sei (D. 47.10.15.33.), u. zw. „*iniuriae faciendae causa*“, oder den Verkauf eines Faustpfandes solcherart publizierte, dass man denken konnte, dass

^{27/a} Visky: A női becsület a római jog világában (=Die Frauenehre in der Welt des römischen Rechts). Studia Antiqua. 31(1984) 1. 43 ff.

der Pfandgegenstand einer bestimmten Person gehört, obwohl es nicht wahr ist und das ganze Verfahren geeignet ist das Goodwill des Beleidigten nachteilig zu beeinflussen (D. 47.10.15.33.)

Von Gaius wurde fixiert, dass jemand, der die Vermögensgegenstände eines kreditfähigen Schuldners zwecks eines Konkursverfahrens registrieren liess und damit dessen Goodwill im geschäftlichen Leben verletzt, eine *iniuria* begeht (3.220.). Die Zurückweisung eines Bürgschaftsantrages eines kreditfähigen Menschen stellte auch eine *iniuria* (D. 2.8.5.1.) dar, denn damit wird die Kreditfähigkeit des Beleidigten in Frage gestellt, wie es auch Gaius festlegt. Wenn jemand von einem entsprechenden Menschen grundlos eine Sicherstellung fordert, begeht auch er eine *iniuria* (D. 42.5.31.1.).

Die Zahlungsaufforderung an eine zahlungsfähigen Bürgen ohne einen entsprechenden Grund war ebenfalls geeignet, seine Kreditfähigkeit vor der öffentlichen Meinung zu untergraben. Hier handelt es sich wieder um einen Injurientatbestand (D. 47.10.15.33.), wie es von Ulpian festgelegt wurde. Auch die Versiegelung des Hauses des abwesenden Schuldners ohne seine Erlaubnis bedeutete einen Injurientatbestand, wie es Modestin sagt (D. 47.10.20.).

Die Kreditgeschädigung der juristischen Personen (*universitas corpus, collegium*) wurde aber in den Quellen des römischen Rechts — wie wir es sehen — nicht sanktioniert. Das Goodwill, die Ehre, der gute Ruhm der *universitas personarum*, d. h. der Vereine, der Korporationen, der Gemeinden genossen weder einen öffentlich-rechtlichen (strafrechtlichen), noch einen privatrechtlichen Schutz. Dies ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass die römische Rechtswissenschaft das moderne Niveau in der Ausbildung der rechtlichen Regelung der juristischen Personen nicht erreichen konnte. Im römischen Recht genossen die Vereine, die Gemeinden, die Korporationen nur eine vermögensrechtliche Selbständigkeit, wie es von Ulpian betont wurde: „*si quis universitati debetur, singulis non debetur, nec quod debet universitas singuli debent*“ (D. 3.4.7.1.) und — wie Marzian (D. 1.8.6.1.) sagt — „*nec servus communis civitatis singulorum pro parte intelligitur, sed universitatis*“; andererseits war die Existenz der *universitas* vom Kommen und Gehen ihrer Mitglieder unabhängig, wie es Ulpian (D. 3.4.7.2.) betont. Ideelle, ethische Güter, Ehre, guter Ruhm, offiziell festgelegte Name usw. besaß aber die *universitas* keineswegs, denn die römischen Juristen wollten in der *universitas* — wie Lübtow sagt^{27/b} — „nichts anderes sehen, als die Gesamtheit ihrer Mitglieder; die *universitas* ist nicht ein Etwas, das ausserhalb ihrer steht“. Infolge dessen ist es zu vermuten, dass, wenn die „Ehre“, der „gute Ruf“ usw. der *universitas* von jemandem gekränkt wurde, das realisierte sich in der Person der Mitglieder, oder noch mehr in der Person der Ratsherren einer Gemeinde (*magister, quaestor, actor, syndicus*), die — aller Wahrscheinlichkeit nach — als Einzelpersonen selbst zur Klageerhebung (*actio iniuriarum*) berechtigt waren.

4. Das klassische, vor allem besonders das nachklassische Recht machte eine scharfe Zäsur zwischen der *iniuria in corpus* und *iniuria extra corpus* (PS 5.4.1.). In der Atmosphäre des kaiserlichen Absolutismus trat die kriminelle Verfolgung sowohl der in die erste, als auch in die zweite Kategorie der Injurientatbestände gehörenden Injurienfälle in den Vordergrund. Die Anschuldigung (*calumnia*) die Beschimpfung (*flagitium*) gegen einen *praetextatus*, die Spottverse (*carmen famosum*) oder die Schimpfschrift (*libellus famosus*) und das *convicium* im allgemeinen (PS 5.4.11.—14.—16.—17.) wurden kriminell verfolgt und schwer bestraft, u. zw. mit *exilium*, mit *amissio ordinis* etc. Nur gewisse Injurienfälle blieben im Bereiche der deliktuellen Verfolgung, d. h. im Bereiche des Privatrechts.²⁸

^{27/b} Lübtow, U.: Bemerkungen zum Problem der juristischen Person, L'Europe e il diritto romano. Stud. P. Koschaker II. Milano, 1954. 493. — Catalano, P.: Alle radici del problema delle persone giuridiche. Rassegna di diritto civile. Dir. da P. Perlingieri. Napoli, 1984. 941—962. M. Balzarinis („De iniuria extra ordinem statui“. Padova, 1983.) Meinung nach wurde die Tendenz, die Injurienfälle kriminell zu verfolgen, schon seit der klassischen Periode allgemein: es scheint uns aber diese Ansicht gewissermassen übertrieben zu sein, wie die Norm des justinianischen Rechtes es beweist (Inst. 5.4.10.).

5. Nur im justinianischen Recht änderte sich die Lage bezüglich des privatrechtlichen Schutzes der Ehre und des guten Rufs, bzw. des Goodwill, den die Institutionen sagen:

„In summa sciendum est de omni iniuria eum, qui passus est, posse vel criminaliter agere vel civiliter“ (4.4.10.).

D. h. dass nicht nur der kriminelle, sondern auch der deliktuelle (privatrechtliche) Weg dem Beleidigten zur Verfolgung der Kränkung der Ehre, der Beleidigung des guten Rufs, des Goodwills offen stand.

Auf diesem Gebiet wurde also die Persönlichkeit in mehrerer Richtungen privatrechtlich geschützt.

VI

1. Der zivilrechtliche Schutz des Privatgeheimnisses war im Rom institutionell keineswegs ausgebaut. Die Verletzung des Briefgeheimnisses wurde z. B. weder strafrechtlich, noch privatrechtlich sanktioniert. Nur die Pflicht der Geheimhaltung des Inhaltes des Testamentes bzw. einer anderen Urkunde (*instrumentum*) war durch die *lex Cornelia de falsis* (81. v. Chr.) vorgeschrieben, wie es von Marzian festgelegt wurde (D. 48.10.1.5—6.):

„Is qui aperuerit vivi testamentum, legis Corneliae poena tenetur. Is qui deposita instrumenta apud alium ab eo prodita esse dicit, accusare eum falsi potest“,

d. h. wer das Testament eines noch lebenden Menschen eröffnete, wird im Sinne des oben zitierten Gesetzes bestraft. Und wer angibt, es habe derjenige, bei dem er Urkunden niedergelegt, dieselben seinem Gegner verraten, kann denselben wegen *crimen falsi* anklagen. Die Verletzung der Geheimhaltungspflicht sowohl im Falle eines Testamentes, als auch im Falle anderer Urkunden wurde nach der sullanischen Gesetzgebung kriminell verfolgt.

2. Der zivilrechtliche Schutz des Privatgeheimnisses war aber nur im Falle des Testamentes und nicht im Falle anderer Urkunden gesichert. *„Si quis tabulas testamenti apud se depositas delaverit, vel pluribus praesentibus legerit, utilius est in factum et iniuriarum agi, si iniuriae faciendae causa secreta iudiciorum publicaverit“*, sagt Ulpian (D. 9.2.41.). Wenn also der Depositär das bei ihm niedergelegte Testament in Gegenwart mehrerer gelesen hat, u.zw. in der Absicht, mit der Bekanntmachung der Geheimnisse (*secreta*) der letztwilligen Verfügung den Testator zu verschimpfen, so steht dem *testator* die *actio iniuriarum* zur Verfügung. Labeo meint, dass in diesem Fall *„depositi actione recte tabulis agi posse“*, während nach Ansicht Ulpians (wie oben zitiert) in diesem Fall auch eine *actio iniuriarum* zur Klageerhebung geeignet sei (D. 16.3.38.).

VII

1. Was jetzt die Geistesschöpfungen angeht, taucht in der ersten Linie die Frage auf, ob es im antiken Rom ein Autorrecht im modernen Sinne, oder mindestens die Wurzeln jenes zu befinden sind?

Das Schriftwerk wurde der römischen Auffassung nach die *accessio* des Materials (Pergament, Papyrus, Tafel), auf dem der Text geschrieben wurde, u. zw. auch in jenem Fall, wenn das Schriftwerk sogar mit kostbarer goldener Tinte auf das Material geschrieben wurde. Gaius sagt nämlich folgendes:

„...in chartulis, sive membranis meis aliquis scripserit, licet aureis litteris, meum esse, quia litterae chartulis membranis cedunt. Itaque si ego eos libros aesve membranas petam, nec impensam scripturae solvam, per exceptionem doli mali summoveri potero“ (2.77.).

Wird vom Inhaber des Materials (Papyrus etc.) die Handschrift verlangt, ohne die Schreibkosten zu vergüten, so kann man gegen ihn eine *exceptio doli* geltend machen, d. h. im oben gegebenen Fall den Wert der verwendeten goldenen Tinte zu fordern. Dieselbe Ansicht kommt auch in einem Gaius-Fragment in den Digesten zum Ausdruck (D. 41.1.9.1.). Die Geistesschöpfung des Dichters, des Schriftstellers teilte also das rechtliche Los des Materials, auf dem das Schriftwerk geschrieben wurde. Verkaufte der Dichter das Einzelexemplar seines Manuskriptes einem Buchhändler, wurde der Buchhändler der Inhaber sowohl des Pergaments, auf dem das Gedicht geschrieben wurde, als auch der Geistesschöpfung und das Werk wurde so von dem Dichter völlig getrennt. Er besass kein Verfügungsrecht, keinen Anspruch mehr darauf! Visky²⁹ meint, dass „das geistige Eigentum mit dem im privatrechtlichen Sinne genommenen Eigentum nicht identisch war“, weil der Autor, der Buchhändler, der das Manuskript vervielfältigen liess, und derjenige, der das Buch gekauft hat, gleichzeitig Inhaber dieser Geistesschöpfung sein können. Wir sind doch der Meinung, dass es sich hier nur um eine vervielfältigte Handschrift handelt und alle Leute, die die Inhaber eines Exemplares sind, gleichzeitig die Eigentümer dieser Geistesschöpfung sind. Deshalb war der Fall möglich, dass der Autor eines Schriftwerkes, wenn er sein einziges Exemplar einem anderen, z. B. dem Buchhändler, oder dem Verleger verkaufte, keineswegs mit seiner Geistesschöpfung in Verbindung blieb. Er hatte gar kein Recht, als Autor des Schriftwerkes die Vervielfältigung, Publizierung und Verbreitung seines Werkes durch den Verleger, bzw. den Buchhändler zu verhindern. So konnte der Fall vorkommen, dass der Inhaber eines Exemplars von dem eine Kopie angefertigt, publiziert und verbreitet wurde, die Kopie unter seinem eigenen Namen veröffentlichte. Gab es im antiken Rom einen privatrechtlichen Schutz für den Autor des Schriftwerkes im oben gegebenen Falle?

Die Dichter, die Schriftsteller äussern in diesen Fällen ein sehr abwertendes Urteil. Sie nennen einen solchen Mensch: Dieb (*fur*) und Martial bezeichnet ihn als *plagiarius* (*impones plagiario pudorem*), welche Benennung er von dem juristischen Wortschatz nimmt, wo dieses Wort „Kindesräuber“ bedeutet, der ein freies Kind als Sklave verschleppte (Martialis I. 52.9. Zeile und D. 48.15. „*De lege Fabia de plagiariis*“). Der *plagiarius* wird also von Martial so betrachtet, als ob er das „geistige Kind des Schriftstellers, des Dichters“ von ihm gestohlen hätte. Trotzdem wurde dieser Tatbestand von den Juristen nicht als Diebstahl (*furtum*) behandelt und weder mit Hilfe einer *actio furti*, noch mit einem anderen Rechtsmittel verfolgt, obwohl einzelne literarische Auffassungen aufgrund des nachklassischen Rechtsatzes: „*Generaliter dicitur iniuria omne, quod non iure fit*“ (Coll. 2.5.1. — Paul.) vermuten, dass der so geschändigte Dichter, Schriftsteller gegen den *plagiarius* eine *actio iniuriarum* (*aestimatoria*)³⁰ bekam. Das scheint uns möglich zu sein, ist aber quellenmässig unmittelbar nicht zu beweisen.

Die Schriftwerke waren übrigens im antiken Rom gesellschaftlich gar nicht hochgeschätzt, wie es von Gellius bezüglich der dichterischen Tätigkeit festgelegt wurde. „*Poeticae artis honos non erat; sic quis in ea re studebat aut sese ad convivis adplicabat, grassator vocabatur*“ (Noct Att. 2.2.). Kaiser Philippus Arabs und sein Sohn, als Mitkaiser (244—249) legen in einem Reskript fest: „*Poeta nulla immunitatis praerogativa iuvantur*“ (C. 10.53.3.), d. h. die Dichter können keine Privilegien geniessen.

²⁹ Visky: Personennamen 199.

³⁰ Kohler, J.: Das Autorrecht. Jena, 1881. 30 ff. — Dziatzko, K.: Autor- und Verlagsrecht im Altertum. Rheinisches Museum. 49 (1894) 565. — Visky: Personennamen 200.

Die Schriftwerke enthaltenden Manuskripte bedeuteten trotzdem natürlich einen Wert, mindestens einen höheren Wert, als der leere Papyrus. Martial sagt, dass er ein Büchlein, das 13 von ihm geschriebene Epigrammen enthielt, für 4 Sesterzen verkaufte (13.3.1—2.). Das zweite Buch des *Aeneis* wurde für 20 Goldstücke verkauft und der Kaufpreis war deshalb so hoch, denn das Exemplar „*ipsius Vergilii fuisse credebatur*“ (Gell. 2.3.). Plinius spricht über eine Büchersammlung, für die jemand 400,000 Sesterzen angeboten hat (Epist. 3.6.). Der Käufer, der manchmal ein einfacher Privatmann, manchmal aber Buchhändler und evtl. gleichzeitig „Verleger“ war, hatte diese wertvollen Schriften vervielfältigt, publiziert und verbreitet und in dieser Tätigkeit konnte der Autor ihn keineswegs behindern. Von dieser Sache hat er selbst in erster Reihe profitiert: dem Autor blieb nur der einmal bezahlte Kaufpreis (Honorar?) und nichts anderes.

2. Was die Kunstmalerei angeht, sind in der römischen Jurisprudenz der klassischen Periode eine Reihe der verschiedenen Ansichten in jenem Falle aufgetaucht, wenn der Künstler das Bild auf eine fremde Tafel malte. Nach der Auffassung der Sabinianer wurde das Bild die *accessio* der Tafel und so das Eigentum des Tafelinhabers. Der prokulianischen Ansicht nach wurde das Bild das Eigentum des Malers. Sie wollten die schöpferische Tätigkeit honorieren. Das Bild wurde das Eigentum des Tafelinhabers nur in jenem Falle, wenn der Kunstmalers im schlechten Glauben handelte. Gaius hat die letztere Ansicht in seinen Institutionen angenommen — obwohl nicht ganz eindeutig (2.78); in seinem Werk: *Res cottidianae* nimmt er aber diese Ansicht schon eindeutig an (D. 41.1.9.2.). Die Auffassung von Paulus war in dieser Frage schwankend. In 21. Buch seines Ediktcommentars sagt er, dass der Inhaber des Gemäldes der Tafelbesitzer wird, da das Bild ohne die Tafel nicht einmal existieren könnte (D. 6.1.23.2.). Im 7. Buch seines Ediktcommentars betont er aber, dass der Wert des Bildes in der künstlerischen Leistung liegt (*earum rerum pretium non in substantia, sed in arte sit positum*) und die leere Tafel an sich selbst wertlos ist (D. 50.16.14. pr.). Die *accessio*-Konzeption wurde also von ihm verworfen. Und die justinianische Kodifikation äussert schon eindeutig:

„*Ridiculum enim est picturam Apellis vel Parrhasii in accessionem vilissimae tabulae cedere*“ (Inst. 2.1.34.).

In diesem Fall wird also die künstlerische Schöpfung mit den Mitteln des Privatrechts geschützt. Für die Institutionenverfasser schien es ganz lächerlich zu sein, dass das von Appelles (4. Jhdt. v. u. Z.), dem weltberühmten Kunstmalers geschaffene Gemälde, das z. B. „die Geburt von Aphrodite“ darstellt, dem Tafelinhaber gehörte, wenn es vom Künstler an eine fremde Tafel gemalt wurde.

Die Akzessionskonstruktion bietet aber im Falle der Wandmalerei eine Lösung. Ulpian sagt in seinem Ediktcommentar (D. 19.1.17.3.):

„*Quae tabulae pictae pro tectorio includuntur itemque crustae marmoreae aedium sunt*“.

Handelte es sich also um Wandmalereien oder um solche *picturae* die auf fest ins Haus eingebaute Tafeln gemalt waren, wurde das Bild die Akzession des Hauses. Denn viele Gegenstände kauft man zuweilen wegen ihres Zubehörs, z. B. wenn ein Haus wegen seines Marmors, seiner Statuen und Gemälde gekauft wird, wie es Paulus sagt:

„*plerasque enim res aliquando propter accessiones emimus, sicuti cum domus propter marmora et statuas et tabulas pictas ematur*“ (D. 18.1.34.).

Im Falle einer *rei vindicatio* wurden diese akzessorischen Bilder, Wandmalereien (*picturae*) als *impensae voluptariae* qualifiziert. Weil ihre Trennung vom Hause ohne Schädigung des Bestandes des Hauses nicht durchzuführen ist, so muss der Besitzer die *picturae* dem Eigentümer überlassen (D. 5.3.39.1.), wenn er diese *picturae* selbst anfertigen liess.

Die Frage der Kunstmalerei wurde also in Rom entweder durch die Institution der *specificatio* oder durch die der *accessio* d. h. des Zuwachses, gelöst und das Bild, als Geistes-schöpfung wurde nur in dem ersten Fall gewissermassen privatrechtlich geschützt, weil in diesem Fall die *pictura*, als Schöpfung des Kunstmalers als *nova species* betrachtet wurde.

Weil aber im Preis- und Lohnedikt des Diokletian der Tageslohn eines *pictor parietarius*, der die Wände bemalte, 75 Denare, während der eines *pictor imaginarius*, der also die Innenwände mit figuralen Bildern schmückte, 150 Denare ausmachte (*Ed. de pretiis rerum venalium* 7.8.—9. — C. Th. 13.4.),³¹ so wurden auch die Kunstmalers nach allgemeiner Ansicht als Handwerker behandelt und der Erfolg ihrer schöpferischen Tätigkeit nicht gerade als Geistes-schöpfung qualifiziert, obwohl Justinian die *pictura* als eine Ausnahme von der Regel der Akzession im Falle des auf eine fremde Tafel gemalten Bildes betrachtete und damit die schöpferische Kunsttätigkeit zu honorieren beabsichtigte.

3. Was letzten Endes die Bildhauerkunst angeht, scheinen uns drei grundsätzliche Tatbestände in den Vordergrund zu treten, die von der römischen Jurisprudenz seit dem Ende der republikanischen Periode zu lösen unbedingt nötig war.

Die ersten zwei entsprechen den im Rahmen der Malerkunst erörterten Tatbeständen, während die dritte Variation gewissermassen eigenartig war.

In der Frage des vom fremden Material, Marmor, Erz usw. angefertigten Kunstwerkes, da in diesem Falle wieder eine *nova species* (Gai. D. 41.1.7.) entstand, war die Ansicht der beiden *scholae* massgebend. Die Sabinianer waren der Meinung (in erster Reihe Sabinus und Cassius), dass „*cuius materia sit, illis et res quae facta sit, videatur esse*“ (Gai. 2.79.), während die Prokulianer den Primat der schöpferischen Tätigkeit betonend sagten: „*eius rem esse...qui fecerit*“ (ibidem). Die spätklassische Rechtswissenschaft hat auch in diesem Fall — aller Wahrscheinlichkeit nach aufgrund der Ansichte von Ulpian und Paulus³² — die überbrückende Auffassung bearbeitet, in deren Sinne die *nova species* nur in jenem Falle in das Eigentum des Verarbeiters übergeht, wenn sich der originale Zustand des Materials nicht wiederherstellen lässt. Übrigens „bleibt“ der Inhaber der *nova species* der Eigentümer des Materials von dem sie verarbeitet wurde (Gai. D. 47.1.7.). In der justinianischen Kodifikation wurde diese Ansicht vollständig aufrechterhalten. Wer also von einem fremden Marmorblock eine Büste angefertigt hat, wird der Inhaber jenes, wenn es sich aber um eine Bronzstatue handelt, wird auch die *nova species* das Eigentum des Rohstoffinhabers,³³ der Bearbeiter muss aber den Gegenwert seiner Arbeit bekommen. Wurde der Marmorblock vom Verarbeiter gestohlen, steht dem geschädigten Rohstoffinhaber eine *condictio furtiva* zur Verfügung (Ulp.

³¹ Visky (Geistige Arbeit und die artes liberales in den Quellen des römischen Rechts. Budapest, 1977. 130.) meint aber, dass infolge der Möglichkeit, dass die Partner im Rahmen des Preis- und Lohnediktes das Honorar des Künstlers im maximalen Mass festlegen konnten, darauf hinzuweisen scheint, dass sie, bzw. der Besteller des Bildes die Gemälde des Künstlers ganz hoch schätzen konnten. Doch bleibt der Künstler unserer Meinung nach ein „Tagelöhner“, wenn man sich die Vorschriften des Preis- und Lohnediktes Diokletians vor Augen hält. Alle beiden Arten der *pictores* wurden als *artifices* qualifiziert. — Lucrezi, F. (La „tabula picta“ tra creatore e fruitore. Napoli, 1984.) sieht in der Frage der *tabula picta* einen rechtlichen Reflex der Interessengegensätze zwischen dem Produzenten und dem Konsumenten von Kunst dargestellt. In der Entwicklung der justinianischen Stellungnahme sieht er den Prozess des Kampfes zwischen dem Konsumenten und dem Produzenten (dem Maler) und entfernt sich gewissermassen vom juristischen Terrain. Siehe die Rezensionen dieses Buches: Mayer—Maly, Th.: Nuove ipotesi in tema die „tabula picta“, in Lebeo 32 (1986) 1. 78—82. und Bürge, A. in SZ 103 (1986) 561—570.

³² Osuchowski, W.: Recherche sur l'auteur de la theorie eclectique de la spécification. Studia in on. di V. Arangio-Ruiz. Napoli, 1952. 49—50.

³³ Visky: Artes liberales, 139—140.

D. 13.1.1.). War aber im Falle einer Bronzestatue das Zinn vom Künstler und der Kupfer von einem anderen und der Künstler goss von den beiden zusammengeschmolzenen Metallen ein Kunstwerk, wird er selbst der Inhaber der Bronzestatue, denn er — wie die justinianischen Institutionenverfasser sagen —: „*non solum operam suam dedit, sed et partem eiusdem materiae praestavit*“ (2.1.25.). Hat jemand teils aus eigenen, teils aus fremden Stoff gearbeitet, so besteht kein Zweifel, dass in diesem Fall der Verarbeiter Eigentümer wird, im dem er nicht nur seine Arbeit, sondern auch einen Teil des Stoffes hergab.

Wenn es sich um ein — von einem Bildhauer angefertigte — in das Haus eines anderen eingebaute Marmorbild (bzw. Statue, Denkmal handelt, wird es der Bestandteil der *aedes*, wie wir es in dem oben schon zitierten Text Ulpian (D. 19.1.17.3.) sahen:

„*quae tabulae pictae pro tectorio includuntur, itemque crustae marmoreae aedium sunt*“.

Nach einer gewissen juristischen Unsicherheit — in der Relation der verschiedenen Ansichte (Pomp. D. 50.16.245. pr.), die auf Labeo zurückzuführen sind — sagt Papinian:

„*sigilla et statuae adfixae instrumento domus non continentur, sed domus portio sunt*“ (Ulp. D. 33.7.12.23.).

d. h. die *statua domus adfixa* eine *portio* des Hauses ist.

Was den dritten Rechtsfall angeht, sprechen die Quellen über solche Tatbestände, als jemand öffentliches Gelände mit Statuen schmückte. Die in der Stadt aufgestellten Statuen gehören nicht den Bürgern, wie es von Trebatius und Pegasus festgelegt wurde. Doch musste der Prätor dafür sorgen, dass dasjenige, was deswegen an öffentlichen Orten aufgestellt wurde, dass es eine Privatperson nicht hinwegnehmen darf, auch derjenige nicht wegnehme, der es aufgestellt hat. Daher sind die Bürger auch gegen jeden, der darauf Klage erhebt, durch eine Einrede zu schützen und ihnen wird eine Klage gegen den Besitzer zu helfen sein. So wird es von Ulpian in *libro IX ad edictum* festgestellt (D. 41.1.41.). Die Bedeutung der schöpferischen Tätigkeit wurde in diesem Fall so sehr in den Hintergrund gedrängt, dass es verboten war an der Statue den Namen des Künstlers zu vermerken:

„*Inscribi autem nomen operi publico alterum quam principis aut eius, cuius pecunia id opus factum sit non liceat*“ (Macer. D. 50.10.3.2.),

d. h. dass in solchen Fällen nur der Name des *princeps* oder des Spenders der Statue eine Rolle spielen konnte.³⁴

Letzen Endes ist es noch bezüglich der Bildhauerkunst zu erwähnen, dass — wie wir es im Falle des Kunstmalers bzw., Mauermalers sahen — im Sinne des Preis- und Lohnediktes des Diokletian (7.5.) der Marmorbildhauer auch als ein Tagelöhner behandelt wurde und der Tagelohn eines *marmorarius* höchstens in 60 Denaren festgelegt wurde. Das macht wahrscheinlich, dass die Bestellung einer Statue genau so, wie die eines Bildes im Rahmen einer *locatio conductio operarum* stattfand. Da es sich hier aber in seinem Wesen um einen Unternehmervertrag handelt, weil der Kunstmaler oder Bildhauer sich zur Leistung einer Arbeitsprodukt verpflichtete, fand die Bestellung des Bildes bzw., der Skulptur — juristisch qualifiziert — im Rahmen einer *locatio conductio operis* statt, wo die Produktion mit der Person

³⁴ Calabi—Limentani, I.: Il lavoro artistico. Milano, 1957. 141. — Bonini, R.: I „libri de cognitionibus“ di Callistrato. Milano, 1964. 152—153. — Visky: Artes liberales, 137. — Visky: Personennamen. Studia Antiqua 38 (1981) 201.

des Unternehmers eng verbunden war. Das scheint aber auch daran hinzuweisen, dass sowohl die Kunstmalerei, als auch die Bildhauerkunst als eine Handwerksarbeit von den Römern aufgefasst wurde.

VIII

1. Bisher wurden diejenige ideellen Werte der Person erörtert, die in gewissen Fällen einen bestimmten privatrechtlichen Schutz genossen. Was den privatrechtlichen Schutz eines anderen ideellen Wertes: d. h. des sog. Bildnisrechtes angeht, haben wir keine überzeugenden Argumente zur Unterstützung der Existenz eines solchartigen rechtlichen Schutzes:

2. Vorerst ist festzulegen, dass das Bildnisrecht als *ius imaginis* keineswegs dasselbe subjektives Recht bedeutete, wie in den modernen Rechtssystemen. Hier handelte es sich nicht um den privatrechtlichen Schutz des Eigenbildnisses, über das der Berechtigte das freie Verfügungsrecht besass und das durch die unberechtigte Anwendung von einem Dritten in gewissen Fällen verletzt wurde, sondern um ein Vorrecht, um ein, von der zuständigen Obrigkeit verliehenes Privileg (Senat?), im dessen Sinne jemand — der Bevorrechtete — einen Anspruch zu Ausübung seines Bildnisrechtes besass.

3. Die Existenz dieser Berechtigung, des sog. *ius imaginis* wurde vom Text der Verrinen Ciceros bekanntgemacht. Cicero, der als Kurulädil für das Jahr 69 gewählt wurde, bietet eine genaue Aufzählung der Hauptaufgaben (die von Verres während seines Amthjahres völlig vernachlässigt wurden) dieser Würdenträger, sowie auch die der mit diesem Amt verbundene Ehrenprivilegien:³⁵

„...in senatu sententiae dicendae locum, togam praetextam, sellam curulem, ius imaginis ad memoriam posteritatemque prodendae“ (In Verr. II. 5.36.),

D. h. dass der Kurulädil berechtigt war seine Meinung in Senat äussern zu können, die *toga praetexta* zu tragen, die *sella curulis* anzuwenden und das Vorrecht zum Eigenbildnis besass, damit es der *memoria* und der *posteritas* erhalten blieb. In einem anderen Textteil wird auch von Cicero betont, dass:

„imago ipsa ad posteritatis memoriam prodita“ (Pro Rabirio Post. 7.16.).

In der Literatur ist sowohl der Inhalt, als auch die Frage des Subjektes des *ius imaginis* vielseitig bestritten. Es gibt die Ansicht, wonach es sich hier um ein subjektives Recht handelt: die *imagines maiorum* in der *pompa funebris* zur Schau zu stellen und im Atrium des Hauses des Berechtigten aufzubewahren.³⁶ Einer anderen Auffassung nach stand aufgrund eines Privilegs auch dem lebenden Römer zu, sein eigenes Bildnis bzw. Statue anzufertigen und öffentlich aufzustellen lassen.³⁷

Es gibt die Ansicht, dass der Berechtigte des *ius imaginis* nur ein Kurulädil sein konnte; es gibt aber auch die Meinung, dass vom Kurulädil aufwärts jeder römische Beamte berechtigt war, sowohl seine Statue öffentlich aufstellen zu lassen, als auch sein Ahnenbild in der *pompa funebris* zur Schau zu stellen.³⁸

Es ist auch fraglich, ob zur Ausübung des *ius imaginis*, von der zuständigen Obrigkeit (vom Senat) die Stiftung dieses Vorrechtes nötig war, oder nicht? Diese Fragen eindeutig zu

³⁵ Bartošek, M.: Verrinae. Praha, 1977. 147.

³⁶ Mommsen, Th.: Römisches Staatsrecht.³ Darmstadt, 1971. 442.

³⁷ Rollin, J. P.: Untersuchungen zu Rechtsfragen römischer Bildnisse. 1972. 71 ff.

³⁸ Vessberg, O.: Studien zur Kunstgeschichte der römischen Republik. Stockholm, 1914. 107 ff.

entscheiden, scheint uns infolge des Fehlens der entsprechenden Quellenstellen sehr schwierig zu sein. Wir wissen aber, dass die grossen Staatsmänner Roms (Scipio Africanus, Sulla, Pompeius und in erster Linie Caesar) — unbedingt vom Senat — mit der Aufstellung ihrer Statue verehrt wurden. Nach den neuesten Ansichten war die Verleihung des *ius imaginis* ein überwiegend dem Senat zustehendes Vorrecht, das vom Kaiser Caius Caligula (Suet. Cai. 34.1.) und vom Kaiser Claudius dem Senat vollständig entzogen wurde (Dio Cass. 60.25.2.).³⁹

4. Das *ius imaginis* — wie oben erörtert — ist eine Institution des öffentlichen Rechtes und so steht vollständig ausserhalb unseres Themenkreises. Es interessiert uns aber die Frage, ob der römische Bürger berechtigt war, oder nicht, sein Eigenbildnis, oder Statue nicht in der Öffentlichkeit, nicht in den offiziellen Statuengalerien, sondern in seinem eigenen Privathaus, z. B. im *atrium*, oder im Garten seines Hauses, in einem Zimmer des Hauses aufzustellen. Plinius sagt, dass der Römer berechtigt war, sein Bild seine Statue „*domi ubi potest*“ aufzustellen (Epist. 1.17.). Auch betreffs der Ahnenbilder musste diese Berechtigung existieren. Hier handelt es sich nämlich um eine *res privata*, über die der Eigentümer einen privatrechtlichen Schutz genoss. Wer das Eigentumsrecht des Inhabers verletzte, wurde mit verschiedenen Rechtsmitteln gezwungen, dem Verletzten eine Satisfaktion zu bieten. In den Quellen finden wir keine direkte Hinweis darauf, wenn jemand das Recht über das Eigenbildnis jemandes irgendwie verletzte, wie diese Tat sanktioniert wurde. Unter den Injurienfällen finden wir aber einen Rechtsfall, von dem man eine Folgerung ziehen kann.

„*Si statua patris tui in monumento posita saxis caesa est, sepulchri violati agi non posse, iniuriarum posse, Labeo scribit*“ (Paul. — D. 47.10.27.),

Labeo ist also der Meinung, dass „wenn die auf ein Denkmal gestellte Statue deines Vaters durch Steinwurf beschädigt worden ist, so hast du keine *actio sepulchri violati*, kannst aber wegen Injurien klagen“. Hier handelt es sich um die Verletzung des „Pietätsrecht“ des Sohnes des verstorbenen *pater familias*, vom dem der ehemalige Bildhauer eine Statue angefertigt hat, die auf irgendeine kleinere Erhöhung (*monumentum*) gestellt wurde. Ob es sich hier nur um ein Denkbild, ein Monument, oder um ein, mit einer den verstorbenen *pater familias* verbildlichenden Statue versehenes Grabmal (*monumentum*?) handelt, ist mit voller Sicherheit nicht klarzustellen. Die Statue konnte sowohl im Haus, im Garten, oder auf dem Grundbesitz, wo die Vorfahren des Beleidigten begraben wurden, als auch auf einem öffentlichen Begräbnisplatz stehen. Die Bemerkung über die Ablehnung der *actio sepulchri violati* scheint auf die zweite Variation hinzuweisen. Mit der steinwerfenden Tätigkeit eines anderen wurde aber sowieso der Sohn, als der Eigentümer der Statue (des Grabmals?) in seiner eigenen Person verletzt und kann deshalb wegen Injurien klagen. Diese Entscheidung Labeos bietet uns einen Grund zur Vermutung, dass auch solche Schändungen des Eigenbildnisses (Gemälde, Statue) ähnlich beurteilt wurde. Wer also das Eigenbildnis jemandes irgendwie verletzt, gegen den gab der Prätor eine *actio iniuriarum* (*aestimatoria*). Steht diese Statue im

³⁹ Lahusen, G.: Zum römischen Bildnisrecht. Labeo. 31 (1985) 3 320. ff. — Ein ulpianischer Textteil (D. 47.10.13.4.) scheint darauf hinzuweisen, dass die Verletzung des *ius imaginis* ausser dem Bereich des Privatrechts stand. „Wer sich — fragt Ulpian — in Ansehung der Jemanden zu dekretierenden Ehrenbezeugung dem Dekrete widersetzt hat, z. B. sein Bild aufzustellen, oder etwas Anderes, haftet der wegen iniuria? Labeo sagte: nein, wenn er es auch in der Absicht tue, den Berechtigten zu beschimpfen; denn, setzt er hinzu, es ist ein grosser Unterschied, ob Jemandem etwas zum Schimpfen geschehe, oder ob man nicht leide, dass Jemandem zu Ehren etwas geschehe.“ J. P. Rollin (Untersuchungen zu Rechtsfragen römischer Bildnisse. Bonn, 1979 74.) ist der Auffassung, dass: „*ius imaginum* war... das Recht der Mitglieder der gens, die Bildnisse verstorbener Angehöriger ihrer gens, soweit diese ein curulisches Amt erlangt hatten, privat im Haus aufzustellen und diese Bildnisse öffentlich im Begräbniszug zu verwenden“.

Haus, im Garten der Person, die dadurch dargestellt wurde, stand dem Verletzten-unserer Vermutung nach — sowohl eine *actio iniuriarum* aufgrund der *lex Cornelia de iniuriis* wegen Hausfriedensbruch (*domum vi introire*), im Falle der Beschädigung (*urere, rumpere, frangere*) der Statue eine *actio legis Aquiliae*, im Falle des Stehlens der Statue sowohl die deliktuale *actio furti*, als auch die reipersekutorische *condictio furtiva* zur Verfügung, — Es scheint uns also nicht unmöglich zu sein, dass das Bildnisrecht, als eine Berechtigung über eine *res privata* einen privatrechtlichen Schutz durch zahlreiche Klagen genoss. Eine direkte Quellenstelle in dieser Relation ist aber nicht zu finden.

IX

1. Zusammenfassend sind die folgenden Punkte festzustellen: ein institutioneller, umfassender privatrechtlicher Schutz der ideellen Werte der Person gab es also im antiken Rom nicht. Wir finden nur hie und da die Spuren eines solchen Schutzes, es gibt aber ideelle Güter der Person, wie z. B. das Briefgeheimnis usw. die sowohl strafrechtlich, als auch privatrechtlich ausser dem Bereich der rechtlichen Regelung standen. Was den zivilrechtlichen Schutz der einzelnen ideellen Werte der Person angeht, sind die folgenden Punkte festzulegen.

2. Die persönliche Freiheit des *civis Romanus sui iuris* wurde in erster Linie im Rahmen der Rechtsordnung der Republik geschützt, denn dies bedeutete — der römischen Ideologie nach — die Freiheit der Gesamtheit der römischen Familienoberhäupter. Das Prinzip des *favor libertatis*, die *actio iniuriarum* zwecks der persönlichen Bewegungsfreiheit, zum Schutze des Hausrechtes dienten letzten Endes dem Prinzip „der Heiligkeit des Privateigentums“. Die Kult-, Religionsfreiheit, die Möglichkeit zur Propagierung fremder Ideologie, Philosophie existierte in der heidnischen Epoche Roms, obwohl man von einem privatrechtlichen Schutz dieser ideellen Werte der Person auch hier nicht sprechen kann. Die neue Religionen, philosophischen Lehren wurden nur in jenem Fall in den Hintergrund gedrängt, sogar verfolgt, wenn sie mit der Staatsmacht in Zusammenstoss kamen. In der christlichen Epoche verschwand aber diese Freiheit, besonders dann, als das Christentum zur Staatsreligion wurde (i. J. 380.).

3. Die Namensführung wurde nur strafrechtlich durch die *lex Cornelia de falsis* direktweise geschützt.

4. Die persönliche Ehre und das Goodwill wurde schon seit den XII Tafeln in immer grösserem Masse mit privatrechtlichen Mitteln geschützt, u. zw. mit Hilfe der *actio iniuriarum* gegen Real- und Verbalinjurien, Ehrenbeleidigungen ganz verschiedener Art, sowohl im Bereiche des Privat-, des öffentlichen-, als auch im des gesellschaftlichen- und Geschäftslebens, im letzten Fall besonders zwecks der Sicherung des Goodwills in der Relation der Kreditfähigkeit. Letzten Endes steht aber grösstenteils wieder der Schutz des Privatvermögens des *pater familias*, als des Herrn der Hausgemeinschaft in Vordergrund.

5. Das Geheimnis wurde nur im Falle des in Deposit gegebenen Testamentes privatrechtlich, durch *iniuriarum actio* geschützt.

6. Der privatrechtliche Schutz der Geistesschöpfungen wird institutionell keineswegs gesichert. Der Schriftsteller, der Dichter konnte mit seinen Schriftwerken höchstens „einen Ruhm für die Ewigkeit“ erwerben, wie es von Horaz festgestellt wurde (*De arte poetica*. Zeilen 345—346.):

„*Hic meret aere liber Sossii, hic et mare transit, et longum noto scriptori prorogat aevum*“,

der materielle Gewinn blieb aber dem Verleger, bzw. dem Buchhändler, der das wertvolle Schriftwerk vervielfältigte, publizierte und verbreitete.

Was die bildenden Künste angeht, wurde diese schöpferische Tätigkeit, Arbeit z. T. deswegen unterschätzt, weil die Künstler nicht selten Sklaven waren, oder Freigelassene, die für ihre Patronen infolge des *ius patronatus* gewisse *operas artificiales* anzufertigen verpflichtet waren. Andererseits wurde die Arbeit des Kunstmalers und Bildhauers als physische Arbeit — auch im Sinne des diokletianischen Maximaltarifs — qualifiziert, und die physische Arbeit — abgesehen vom ideellen uralten Begriff des „*bonus (diligens) agricola*“ der Römer — war im antiken Rom verschmäht. Der privatrechtliche Schutz dieser Geistes-schöpfungen wurde nur im Rahmen der Rechtsinstitutionen der *accessio* und *specificatio* als Privateigentumserwerbungsakten hie und da geschützt, aber grundsätzlich gab es in diesem Bereiche keinen zivilrechtlicher Schutz.

7. Es scheint uns nicht unwahrscheinlich zu sein, dass das Bildnisrecht, als eine Berechtigung über eine *res privata* durch *actio iniuriarum* einen privatrechtlichen Schutz genoss, aber direkte Quellenstellen haben wir in diesem Bezug nicht.

8. Der umfassende zivilrechtliche Schutz der ideellen Werte, den die Vollständigkeit der Persönlichkeit heutzutage, in den modernen Rechtssystemen unbedingt verlangt, fehlte also im antiken Rom — vielleicht mit der Ausnahme des privatrechtlichen Schutzes des guten Rufs der Person — fast völlig. Wenn diese ideellen Werte manchmal einen gewissen privatrechtlichen Schutz genossen, sind diese Fälle grösstenteils auf die meisterhafte Verbreitung der Injurientatbestände durch die klassische Jurisprudenz zurückzuführen. Die Vermehrung der Injurientatbestände boten eine Möglichkeit gewisse ideellen Güter der Person durch die *actio iniuriarum (aestimatoria)* privatrechtlich zu schützen. Der privatrechtliche Schutz der Person, des rechtsfähigen, selbstberechtigten Menschen wurde durch die Ausbildung der sog. Generalinjurie verallgemeinert.⁴⁰ Die Generalklausel: „*Generaliter dicitur iniuria omne, quod non iure fit(a)t*“ (Coll. leg. Mos. et Rom. 2.4.1. und Inst. 4.4. pr.) bot einen ideologischen Grund zum allgemeinen privatrechtlichen Schutz des Rechtssubjektes, des Subjektes der Vermögensrechte durch die *iniuriarum actio*, die unbedingt geeignet war in das Aktionensystem des römischen Rechts einzudringen, wo im Bereiche des privatrechtlichen Schutzes der *persona* sich gewisse „Lücken“ zeigten. Der privatrechtliche Schutz der Einzelperson, als Rechtssubjekt im römischen Recht in diesem Sinne war der Ausgangspunkt der Pandektistik des 19. Jahrhunderts in der rechtphilosophischen Bearbeitung des zivilrechtlichen Schutzes der Person. Diese Privatrechts-theorie kannte den Begriff der Persönlichkeit im heutigen Sinne noch nicht. „Rechte — sagt J. Unger,⁴¹ der ausgezeichnete österreichische Pandektist — die aus der Persönlichkeit entspringen sollen, gibt es entweder gar keine, oder alle Rechte ohne Ausnahme gehören hierher“. Die Pandektistik stand also auch in diesem Gebiete vollständig auf den Boden der justinianischen Konzeption; obwohl wir es für nötig halten festzulegen, dass der zivilrechtliche Schutz des guten Rufs, der Ehre, des Goodwills der Person bei den Römern doch so gut ausgearbeitet war, dass er geeignet scheint, ihn als alleinigen Ausgangspunkt zur Ausbildung des zivilrechtlichen Schutzes der Persönlichkeit in den modernen Rechtssystemen zu betrachten.

X

1. Wir beabsichtigten mit den oben geäusserten Festlegungen keinsewegs zu behaupten, weder zu beweisen, noch wahrscheinlich zu machen, dass der zivilrechtliche Schutz der Persönlichkeit in der modernen Rechtstheorie und in dem gesetzten Recht schon vollkommen ausgebaut wurde. Mann kann nur soviel feststellen, dass die juristische Projektion der Persönlichkeit in der Theorie schon grösstenteils, mindestens prinzipiell klargestellt wurde,

⁴⁰ Pólay, E.: Historische Interpretationen der Generalklauseln im römischen Recht. Klio 67 (1985) 2. 528—535.

⁴¹ Unger, J.: System des österreichischen Privatrechts. I. Wien. 1868. 60. §

u. zw. in diesem Sinne, dass die moderne Rechtswissenschaft den Begriff der Person, d. h. des Rechtssubjekts und den der Persönlichkeit, als die Gesamtheit der ideellen Güter der Person, die seine Selbstverwirklichung zu sichern geeignet scheint, voneinander separierte. Die Definition der beiden Begriffe ist sozusagen schon gegeben, aber die Realisierung dieser Begriffe als Rechtsinstitutionen ist auch noch heute manchmal mit einem Fragezeichen zu versehen.

2. Im römischen Recht bedeutete der privatrechtliche Schutz der Person — wie wir es sahen — den Schutz der Person, als des Subjektes des Machtbereiches der Hausgemeinschaft (*dominus — dominium*), bald den Schutz der Person, als des Subjektes des Privateigentums im engerem Sinne (*proprietas*). Dieser Prozess der Umwandlung des Eigentums im römischen Recht war die Folge der stufenweise stattgefundenen Auflösung der altherkömmlichen Hausgemeinschaft. Alle Erscheinungsformen des privatrechtlichen Schutzes der Person sind auf diesen Prozess zurückzuführen. Dieser Schutz des *dominus*, bald des Subjektes der *proprietas* erscheint nicht immer unmittelbar in der Form des Eigentumsschutzes (z. B. im Falle der Bewegungsfreiheit), wird aber letzten Endes darauf zurückzuführen. Besonders sehen wir es im Fall der *actio iniuriarum (aestimatoria)*, wo die Rechtsordnung die Verletzung der Person mit vermögensrechtlichen Mitteln (aufgrund richterlichen Ermessens im Rahmen des *petitum* des Klägers) zur Ausgleichung zu bringen versucht (Gai. 3.224.).

3. Die ersten modernen Zivilgesetzbücher, wie z. B. das Schweizerische Obligationenrechtsgesetzbuch (v. J. 1881) hatten letzten Endes die Person noch als Privateigentümer geschützt und die Rechtswissenschaft die ideellen Werte der Person, als „neue Rechtsgüter“⁴² auch als Bestandteile des Privateigentums, konkreterweise als Sachen behandelt, die einen sachenrechtlichen (absoluten) Schutz genossen. Einen Fortschritt bedeutet aber schon die Behandlung der ideellen Güter im Rahmen der Persönlichkeitsrechte, wie wir es in Ungarn⁴³ und auch in anderen modernen Ländern der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts sehen.

4. Die „klassischen Persönlichkeitsrechte“,⁴⁴ wie das Recht zum guten Ruf, zur Ehre, zum Bildnis sind z. T. auf die im römischen Recht durch die *actio iniuriarum (aestimatoria)* geschützten ideellen Güter zurückzuführen. Unter den modernen Lebensverhältnissen tauchen aber immer in wachsender Masse solche immateriellen Güter der Person auf, die man keineswegs als Vermögensgegenstände betrachten darf, und deren zivilrechtlicher Schutz nicht mehr durch ein Generalklausel, sondern auch durch exakte Rechtsnormen zu regeln sind. Dieser Prozess widerspiegelt sich auch in dem ZGB der Ungarischen Volksrepublik. Das Gesetz IV. v. J. 1959 (ZGB) bietet ausser einer Generalklausel schon eine gewisse konkrete Normierung der Persönlichkeitsrechte, natürlich ohne Anspruch der Vollständigkeit. Das modifizierte ZGB (Gesetz IV. v. J. 1977) bringt die konkrete Regelung der Persönlichkeitsrechte in 13 Paragraphen, die Lösung der Detailfragen im Bereiche der moralischen bzw. materiellen Genugtuung der Bekränkten, der Beleidigten überlässt es aber — wie es aus der ministerialen Begründung des modifizierten ZGB hervorgeht (Begründung des II. Teiles über die „Personen“) — der Gerichtspraxis. Es ist selbstverständlich, denn die rapide Entwicklung der Technik (z. B. das computer-System), der Medizin (z. B. die Transplantation, die Insemination usw.) schafft tagtäglich neue Lebensverhältnisse, deren rechtliche Streitfragen unbedingt eine elastische Gerichtspraxis in der Frage des zivilrechtlichen Schutzes der Persönlichkeitsrechte nach sich zieht.

5. Unsere Schlussfolgerungen möchten wir in den folgenden zusammenfassen:

a) im römischen Recht wird nur die Person, d. h. gemäss dem römischen Recht der

⁴² Cohn, G.: Neue Rechtsgüter. Das Recht am eigenen Namen. Berlin 1902.

⁴³ Magyar magánjog (= Ungarisches Privatrecht). I—VI. Red. von K. Szladits. I. Band. Allgemeiner Teil. Personenrecht. Balás, P. E.: Személyiségi jog (= Persönlichkeitsrecht). Budapest, 1941. 624—663.

⁴⁴ Solyom, op. cit. 25.

vollständig rechtsfähige Mensch privatrechtlich geschützt; der Begriff der Persönlichkeit im heutigen Sinne war — als eine gesellschaftliche Realität, die die Selbstverwirklichung der Person im sozialen Leben zu sichern befugt ist — im antiken Rom unbekannt;

b) die ideellen Güter der Person, die in gewissen Fällen vom römischen Privatrecht geschützt wurden, entsprechen ihren Inhalt nach im allgemeinen derjenigen persönlichen Gütern, die in der modernen Rechtswissenschaft als „klassische Persönlichkeitsrechte“ genannt werden (so das Recht zur Ehre, zum guten Ruhm, zur Namensführung usw.);

c) diese ideellen Güter der Person kommen im antiken Rom ausschliesslich der „natürlichen Person“ zu, aber keineswegs der juristischen Person (*universitas, corpus, collegium* etc.) der modernen Rechtsordnungen gegenüber, wo der zivilrechtliche Schutz der Persönlichkeit auch dieser Kategorie der Personen zukommt (z. B. die Namensführung, die Ehre, das Goodwill usw. der juristischen Person);

d) in den modernen Rechtssystemen gibt es eine Generalklausel über den allgemeinen zivilrechtlichen Schutz der Persönlichkeit, in der dieser Schutz prinzipiell verkündet wird. Im römischen Recht finden wir nur die Generalklausel: „*Generaliter dicitur iniuria omne, quod non iure fit*“, die aber der obigen keineswegs entspricht, denn sie war befugt in erster Reihe die Person (den vollständig rechtsfähigen Mensch) als Eigentümer, bzw. die Person, die in der Lage des Eigentümers ist (Scheineigentümer, *bonae fidei possessor*, die Person im Eigentumserwerbungsakt)⁴⁵ privatrechtlich zu schützen;

e) die modernen Rechtssysteme versuchen den zivilrechtlichen Schutz der Persönlichkeit vom zivilrechtlichen Schutz der Person, als Eigentümer möglicherweise völlig zu separieren, weil infolge der Betonung der ethischen Seite dieser ideellen Güter der Person, der ethische Charakter jener immer mehr in den Vordergrund tritt und die Behandlung dieser ideellen Werte, als blosse Waren immer mehr von der Rechtsordnung ausgeschaltet wird.

⁴⁵ Pólay: *Iniuria*. Acta Jur. et Pol. Univ. Szeged. Tom. XXX (1983) 106.